

Wachstum
Nullwachstum
Resilienz
Sozialer Abstieg
Machtwort
Glaubung
Ressourcenknappheit

Arena Analyse 2012

Resilienz oder Katastrophe

Walter Osztovcics
Andreas Kovar
Cornelia Mayrbäurl

DIE ZEIT

Die Presse

Kovar & Köppl

Edition Kovar & Köppl

Edition Kovar & Köppl

Unternehmerische Entscheidungen können selten vollständig autonom gefällt oder umgesetzt werden. Anspruchsgruppen aus Politik und Gesellschaft fordern Einfluss und definieren damit Handlungsspielräume von Unternehmen und Projekten neu. Obwohl das Umfeld a priori meist nicht feindlich gesinnt ist, prallen immer wieder unterschiedliche Interessen aufeinander – mitunter zum Nachteil für die wirtschaftlichen Ziele, die Reputation und den Wert eines Unternehmens.

Erfolgreiches Public Affairs Management dient aber nicht nur der Abwehr dieser Gefahren und dem Risikomanagement. Ziel ist das Erkennen gesellschaftlicher Entwicklungen, um dieses Wissen als Grundlage für wettbewerbsfähigere Lösungen und für die Mitgestaltung politischer Entwicklungen zu nutzen.

In Mitteleuropa ist Public Affairs Management eine relativ neue Unternehmensfunktion. Kovar & Köppl investiert daher in die Forschung und Entwicklung des europäischen Public Affairs Managements. Diesem Ziel dient auch die vorliegende Buchreihe.

In der Serie Edition Kovar & Köppl erscheinen Publikationen zu Themen an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Bericht verwendet allein aus Gründen der leichteren Lesbarkeit durchgängig die grammatikalisch männliche Form.

Walter Osztovics, Andreas Kovar, Cornelia Mayrbäurl:
Resilienz oder Katastrophe, Arena Analyse 2012

Erschienen in der Reihe Edition Kovar & Köppl
Wien 2012

© Kovar & Köppl
Alle Rechte vorbehalten

Printed in Austria
Satz und Layout: Kovar & Köppl, Wien
Umschlag: cdc | brandcreation, Wien
Herstellung: Druckerei Robitschek

Arena Analyse 2012 - Resilienz oder Katastrophe

Inhalt

Untersuchungsdesign und Fragestellung	2
Resilienz: Zur Karriere eines Begriffs	4
1. Die schleichende Apokalypse	8
Migration	9
1.1. Der Planet wird unwirtlich	10
Wenn das Klima kippt	10
Lebensmittel	13
Energie	14
Rohstoffe	16
Urbanisierung	18
1.2. Die demografische Zeitbombe	20
Bevölkerungsexplosion und Verarmung	21
Leben im Land der Alten	21
1.3. Das Dreieck Wirtschaft – Politik – Gesellschaft	25
Feindbild Wirtschaft	25
Die neue soziale Frage	28
1.4. Verschiebung der geopolitischen Gewichte	30
Der Abend des Abendlandes	31
Der Aufstieg Chinas	33
2. Wege zur Resilienz	35
2.1. Neue geistige Grundlagen	35
2.2. Die Zukunft der Jugend	37
Der neue Generationenkonflikt	37
Bildung und Ausbildung	38
2.3. Österreich, Europa und die Welt	40
Europa in der Sinnkrise	40
Österreich im internationalen Wettbewerb	45
2.4. Politischer Diskurs, Partizipation und Problemlösung	47
Politischen Stillstand überwinden	48
Öffentlichen Diskurs stärken	49
Bewusstsein für demokratische Spielregeln stärken	50
3. Mavericks – quer liegende Gedanken	52
Artificial Intelligence	52
Psychische Erkrankungen: das erschöpfte Selbst	53
Early preventions: Kindheit als prägende Lebensphase	54
Die Familie im 21. Jahrhundert	55
Datenschutz: Aufstand der Net Citizens	55
4. So What? Schlussfolgerungen und Empfehlungen	57
Teilnehmer	61

Untersuchungsdesign und Fragestellung

Die Arena Analyse wird von Kovar & Köppl seit 2006 jedes Jahr durchgeführt und hat das Ziel, sogenannte Emerging Issues zu identifizieren und zu analysieren. Für ein Public Affairs Beratungsunternehmen, das wie Kovar & Köppl am Schnittpunkt von Politik und Wirtschaft arbeitet, ist es unerlässlich, Instrumente der Früherkennung von politischen Entwicklungen zur Hand zu haben – vor allem, weil die Komplexität der politischen Prozesse es notwendig macht, mit der Vertretung von Interessen möglichst früh zu beginnen.

Die Methodik, die dabei zur Anwendung kommt, baut auf der Issue Theorie auf, die unter anderem besagt, dass Issues, bevor sie eskalieren, eine Latenzphase durchlaufen, in der sie den jeweiligen Fachexperten bereits bekannt sind und in Fachkreisen auch bereits diskutiert werden, aber noch nicht die Schwelle zur Wahrnehmung durch eine größere Öffentlichkeit oder durch die Politik erreicht haben. In dieser Phase ist es daher möglich, durch Befragung einer ausreichend großen Anzahl von Experten frühzeitig zu erfahren, welche größeren Themen unter der Oberfläche schlummern.

Das Untersuchungsdesign, das in Zusammenarbeit mit dem Markt- und Meinungsforschungsunternehmen Peter Hajek Public Opinion Strategies formuliert wurde, besteht aus den folgenden Schritten:

1. Befragung von Experten mit einer möglichst offenen Fragestellung, um das gesamte Feld der möglichen Issues einzubeziehen. Die Befragten kommen dabei bunt gestreut aus vielen fachlichen und gesellschaftlichen Bereichen – auch diese Streuung dient der Sicherstellung der Vielfalt.
2. Die Antworten der Experten werden gesammelt und geclustert. Dabei sollen Muster offengelegt und die ursprüngliche Komplexität reduziert werden.
3. Daraufhin erfolgt die Schluss-Auswertung. Das Ergebnis ist jener Bericht, den Sie hier in Händen halten.

Die Arena Analyse 2012 wurde in Kooperation mit der Tageszeitung „Die Presse“ sowie dem Wiener Büro der Wochenzeitung „Die Zeit“ durchgeführt. Kurz vor dem Erscheinen des Schlussberichts veröffentlicht „Die Zeit“ jedes Jahr einen ausführlichen Essay, der ebenfalls die Ergebnisse der Arena Analyse in journalistischer Form wiedergibt.

Hier die drei gestellten Fragen im Wortlaut:

1. Welches sind aus Ihrer Sicht Themen, über die in den Medien derzeit noch kaum berichtet wird, die aber so wichtig oder so drängend sind, dass sie in den nächsten vier Jahren zwangsläufig öffentlich diskutiert werden? Gibt es Ihrer Meinung nach Themen, die derzeit noch nicht auf der politischen Agenda stehen, welche aber aufgrund ihrer Wichtigkeit dort bereits behandelt werden sollten?
2. Was sind Ihrer Einschätzung nach die konkreten Hintergründe und erkennbaren Ursachen des jeweiligen Themas? Welcher Konflikt bzw. welche Problemstellung steckt dahinter?
3. Welche plausiblen Szenarien können Sie sich im Zusammenhang mit den genannten Themen vorstellen?

Bei allen kursiv gesetzten Passagen im vorliegenden Bericht handelt es sich um wörtliche Zitate aus den großteils schriftlichen, zum Teil auch in mündlichen Interviews gelieferten Beiträgen. Wie immer wurde den Teilnehmern an der Arena Analyse zugesichert, dass ihre Beiträge nicht namentlich wiedergegeben werden, aus den schriftlichen oder im Wege von Interviews gelieferten Beiträgen wird daher im vorliegenden durchgehend anonym zitiert.

Resilienz: Zur Karriere eines Begriffs

Beunruhigend oft fiel in den Beiträgen für die Arena Analyse 2012 ein Begriff, der außerhalb von Expertenzirkeln derzeit noch als praktisch unbekannt gelten darf: Resilienz, oder auch die englische Version Resilience.

Die noch am ehesten passende deutsche Übersetzung dafür lautet „Widerstandsfähigkeit“. In diversen Fachdisziplinen wird der Ausdruck seit langem verwendet. Neu ist hingegen das Auftauchen im politischen Diskurs, wenn es um die Frage geht, wie die Welt mit den Krisen von heute und morgen zurecht kommen soll.

Dass das Wort „Resilienz“ dafür herhalten muss, lässt bereits einiges erahnen von den Sorgen, mit denen Gedanken an das Morgen befrachtet sind.

Bisher sprachen beispielsweise Techniker von Resilienz, um die Fehlertoleranz eines Systems zu bezeichnen: Wie hoch ist der Zeit- und Energieaufwand, um nach einer Störung von außen wieder in den Gleichgewichtszustand zu gelangen? In der Psychologie wiederum bedeutet Resilienz – vereinfacht gesagt – die Fähigkeit, persönliche Krisen zu meistern oder mit einer feindseligen Umwelt fertig zu werden. Resilienz erklärt, warum manche Kinder an der repressiven Erziehung in einem Heim zerbrechen, während andere genau dieselben Einflüsse offenbar ohne Schaden überstehen.

Mehr oder weniger in der Mitte liegt die Bedeutung, die Resilienz in der Ökologie hat. Hier geht es um das Ausmaß der Empfindlichkeit von Ökosystemen gegenüber störenden Eingriffen, um die Kraft zur Selbstregeneration oder aber zur Anpassung an dauerhaft veränderte Bedingungen. Zum Beispiel kann das Auftreten einer neuen Art von Tieren oder Pflanzen dazu führen, dass das System zusammenbricht (wie das Beispiel der Ziegen, die im 16. Jahrhundert von Seefahrern auf unbewohnten Inseln ausgesetzt wurden und sie in kurzer Zeit kahl fraßen, illustriert), oder aber sich nach vorübergehend krisenhaften Zuständen ein neues Gleichgewicht etabliert.

Von hier ist es nur mehr ein kleiner Schritt zu jener Bedeutung des Begriffs, wie er in den Diskussionen um die Bewältigung der multiplen Krisen der Gegenwart Einzug gehalten hat. Denn auch hier geht es immer um die Frage, ob und wieviel Störung ein System aushält, ob es sein altes Gleichgewicht wieder findet, ob es sich zu einem stark veränderten, aber weiterhin stabilen System wandelt – oder ob der Kollaps unvermeidlich ist. Und es geht um die Frage, wie Systeme beschaffen sein müssen, damit sie Katastrophen besser überstehen können als andere, scheinbar ähnliche Systeme. Warum sind manche Unternehmen von den Turbulenzen der Finanzmärkte weniger bedroht als andere? Warum können manche Gesellschaften größere Migrationsströme integrieren, während andere

mit ausländerfeindlichen Gesetzen oder Straßenrandalen reagieren?

Vor dem Hintergrund der konkreten Bedrohungen, die in dieser Arena Analyse (und zum Teil auch schon in früheren) identifiziert wurden, müssten Fragen nach der Resilienz also ungefähr so gestellt werden:

1. Wenn sich das Weltklima allen Gipfeltreffen zum Trotz in den nächsten Jahrzehnten doch um mehr als zwei Grad erwärmt – welche Systeme können sich dann an die dramatisch veränderten Bedingungen anpassen und welche nicht? Welche Städte in der heute subtropischen Zone bleiben dank der Bauweise ihrer Häuser auch bei deutlich höheren Sommertemperaturen bewohnbar – und wo würden die Energiekosten für Klimaanlage explodieren? Wie müssten Häuser in Hurrikan-Regionen künftig gebaut werden, wenn die Zahl und Stärke der Stürme zunimmt? Wo auf der Welt werden künftig Weizen, Mais, Soja, etc. am besten wachsen und wo werden neue Wüsten entstehen?
2. Wenn 2012 eine neuerlich Rezession droht, die möglicherweise den Auftakt für eine längere Phase der wirtschaftlichen Flaute bildet – welche österreichische Branche, welche Gruppe von Unternehmen muss dann ums Überleben fürchten? Wie muss das Bankensystem aufgebaut sein, damit es nicht alle Jahre wieder ein Rettungspaket braucht? Wie kann eine Wirtschaftspolitik aussehen, die ohne ständige keynesianische Geldspritzen (für die fehlt ja, siehe Schuldenkrise, der budgetäre Spielraum) Wachstum fördert?
3. Wie muss eine Gesellschaft organisiert sein, in der mehr als die Hälfte der Bevölkerung über 60 Jahre alt ist? Nehmen wir doch einmal an, dass alle Kampagnen für höhere Geburtenraten und alle Zuwanderung nichts hilft, sodass Österreich in zehn Jahren ein „Land der Alten“ sein wird. Brauchen wir dann andere Wohnstrukturen, andere Freizeiteinrichtungen, ein anderes Pensionssystem, ein anderes Erbrecht? Wie müssen sich Unternehmen organisieren, damit es auch praktisch möglich wird, beispielsweise bis 70 zu arbeiten?
4. In allen bisher durchgeführten Arena Analysen wurde die sinkende Lösungskapazität der politischen Institutionen beklagt. Das Phänomen zieht sich quer durch alle Ebenen – von der mangelnden Verantwortung der österreichischen Bundesländer über die nationalen Regierungen bis zur EU und den globalen Organisationen wie UNO, G20, Weltbank, etc. Wie können wir (bitte hier eine beliebige Referenzgruppe einsetzen: mein Dorf, mein Unternehmen,

mein Land, etc.) uns darauf einstellen, dass wir in einer Welt leben, in der Krisen einfach nicht gemanagt werden? Was bedeutet es, wenn Kriege in Zentralasien ausbrechen, weil sie niemand verhindert? Wenn die EU ein Verband bleibt, in dem mit großer Mühe halbherzige Entscheidungen getroffen werden, aus denen dann sofort wieder einzelne Länder ausscheren? Wenn Klimaschutzprotokolle (oder Euro-Schutzschirm-Stabilitätspakte; oder Freihandelsabkommen) aufgekündigt werden, sobald die dort vereinbarten Sanktionen tatsächlich schlagend werden?

Allen diesen Fragen gemeinsam ist eine bestimmte Herangehensweise an die Risiken, um die es dabei geht. Im Mittelpunkt stehen dabei nämlich weniger Vorkehrungen, die verhindern können, dass eine ungünstige Entwicklung eintritt. Es geht vielmehr darum, mit den Folgen fertig zu werden – die Entwicklung selber wird als mehr oder weniger unabwendbar hingenommen. Dieser Gedanke zieht sich wie ein roter Faden durch die Ergebnisse der Arena Analyse 2012. Er ist daher von entscheidender Wichtigkeit für eine Studie, die sich das Ziel gesetzt hat, kommende Entwicklungen an ihren Vorboten möglichst früh zu erkennen. Die einzelnen Problemfelder, die in diesem Jahr von den befragten Experten genannt wurden, sind zum größeren Teil alte Bekannte. Der Kampf um weltweite Ressourcen, die Demografie als große Herausforderung für die entwickelten Länder, die Verschiebung der globalen Machtverhältnisse – das sind Entwicklungen, die seit Jahren beobachtet werden, wenngleich sich im Einzelnen durchaus interessante neue Umbrüche ergeben haben.

Neu ist hingegen, dass aus vielen Fachdisziplinen gleichzeitig ein Gedanke kommt, der lautet: Wir brauchen Reformen, die unsere Systeme widerstandsfähig machen gegen Umbrüche, die wir möglicherweise nicht verhindern können.

Wenn ein neuer Fachausdruck Karriere macht, dann liegt das immer daran, dass er ein bis dahin ungenügend bezeichnetes Begriffsfeld abdeckt. Er wird immer öfter verwendet, weil er etwas ausdrückt, für das es bis dahin kein wirklich griffiges Wort gab – oder etwas, das die meisten bisher nicht so gesehen haben, wie es dieser neue Begriff beschreibt. Entweder deckt der neue Begriff also Entwicklungen ab, die noch nicht ausreichend beschrieben sind, oder er steht für eine neue Art, über die Probleme zu denken, für eine veränderte Sichtweise.

In unserem Fall handelt es sich zweifellos um einen Perspektivenwechsel, und zwar um einen durchaus dramatischen. Wenn Resilienz einer der Schlüsselbegriffe der nächsten Jahre wird, dann bedeutet das: Wir reden nicht mehr davon, was wir gegen die Krisen unternehmen können. Sondern nur mehr davon, wie wir uns auf Dauer mit der Krise arrangieren. Wir reden nicht mehr über das Verhindern von Katastrophen oder über das Vorbeugen, sondern über das Leben mit dem Desaster. Natürlich muss

weiterhin alles getan werden, um die globale Erwärmung aufzuhalten – aber Regionen, die vom Wintertourismus leben, sollten sich besser um Alternativen zum Schnee umsehen. Natürlich müssen die europäischen Staaten ihre Schulden abbauen und gleichzeitig versuchen, die Konjunktur nicht abzuwürgen – aber die europäischen Bürger sollten sich besser darauf einstellen, dass trotzdem Jahrzehnte hoher staatlicher Schuldendienste und niedrigen Wachstums vor ihnen liegen.

Einer der Teilnehmer an der Arena Analyse hat diesen Perspektivenwechsel besonders eindringlich formuliert: *„Es ist meiner Ansicht nach ein Fehler, dass die Politik den Menschen noch immer glaubhaft machen will, dass alle Ziele in der Umwelt-, Klima-, Energie- und Ressourcenpolitik erreichbar sein werden, obwohl das offensichtlich nicht mehr der Fall ist und eine Reihe von Fehlern und Versäumnissen in diesen Bereichen nicht mehr gutzumachen sind. Wir müssen massiv daran arbeiten, unsere Gesellschaft resilient, also widerstandsfähig gegenüber belastenden Situationen zu machen. Passiert das nicht, könnte es zu einem Schockzustand und sozialen Konflikten kommen, sobald den Menschen klar wird, dass die Lebensumstände von heute nicht länger aufrechtzuerhalten sind und dass beispielsweise ganze Branchen in der Wirtschaft die Veränderungen nicht überleben werden.“*

Insofern ähnelt das Ergebnis der Arena Analyse 2012 den meteorologischen Warnungen, die von den Stationen an der US-Karibikküste jedes Jahr in der Saison der Herbststürme ausgegeben werden. Nachdem sie die Wege der diversen Hurrikane vorhergesagt und ihre Stärke berechnet haben, fügen sie für die Bewohner der betroffenen Gebiete gern hinzu: „Hope for the best, but prepare for the worst“.

1. Die schleichende Apokalypse

Vielleicht wird das Jahr 2011 einmal in die Geschichte eingehen als das Jahr, in dem die Pessimisten Recht behielten. Menschen, die gern mit strengem Ton ausrufen: „Ich hab’s euch ja gesagt!“, fanden dazu reichlich Gelegenheit. Sie wurden alle in ihren Ängsten eindrucksvoll bestätigt: jene Kritiker, die immer schon meinten, dass die japanischen Atomkraftwerke eben doch nicht erdbebensicher wären; jene Warner, die schon 1998 fanden, dass der Euro unmöglich eine stabile Währung werden könne; die Doomsday-Ökonomen, die seit Jahren vorhersagen, dass Überschuldung und Handelsbilanzdefizit der USA die Weltwirtschaft durcheinander bringen werden; die Demonstranten, die den diversen Welt-Klimagipfeln ihre Ernsthaftigkeit absprechen; nicht zuletzt die Zweifler an der Fähigkeit des Westens, im Irak oder in Afghanistan Frieden und Ordnung zu erzwingen. Kaum eine düstere Prognose, die in diesem Jahr nicht Wirklichkeit geworden wäre.

Allerdings muss dieser Befund durch zwei wichtige Punkte ergänzt werden. Zum einen kamen all diese Krisen auch für weniger pessimistisch gestimmte Beobachter keineswegs unerwartet. Vielmehr sind die meisten davon seit längerem im Zentrum der öffentlichen Debatte: die Risse im Finanzsystem, die Risiken der High-Tech-Energiegewinnung, die Zunahme von internationalen Konflikten und die wachsende Zahl von „Failed States“, die innere Krise der EU – dabei handelt es sich durchwegs um Entwicklungen, die über viele Jahre hinweg beobachtet wurden. Die Staatengemeinschaft hat auch immer wieder etwas unternommen; neue Gremien wurden geschaffen, Konferenzen abgehalten, Gesetze und internationale Reglements verschärft. Am jeweiligen Kern des Problems konnte damit nichts geändert werden, die destruktive Eigendynamik der Systeme war stets stärker als der ordnende Eingriff.

Inzwischen weisen Experten darauf hin, dass es semantisch falsch ist, von „Krisen“ zu sprechen. Der Begriff enthält nämlich, jedenfalls in seiner ursprünglichen griechischen Wurzel, auch die Idee der „Entscheidung“. Wenn eine Krise aber ein Wendepunkt ist, auf den eine Entwicklung zutreibt und ab dem dann alles anders wird – dann sind es nicht mehr Krisen, die wir beobachten, sondern dauerhafte Zustände, die sich allmählich verschlechtern und das Potenzial haben, im nächsten Moment ins Katastrophale zu kippen.

Zwei große Gruppen von solchen schleichenden Abwärts-Entwicklungen lassen sich unterscheiden: Das eine sind Veränderungen in der Umwelt, die durch menschliches Handeln verursacht werden und das simple Leben in vielen Regionen schwierig oder gar unmöglich machen werden: Klimawandel, Ausbeutung natürlicher Ressourcen, ungezügelter Urbanisierung, unbewältigter demografischer Wandel. Die zweite Gruppe umfasst jene

Gefahren, die entstehen, weil den menschlichen Gemeinschaften die Kontrolle über Politik und Wirtschaft entgleitet: wachsende Ungerechtigkeit in der Verteilung, Migrationsströme durch den Kollaps von Staaten, Zusammenbruch von Wirtschaftssystemen.

Migration

Die nächsten Jahrzehnte werden Zeugen von weltweiten großen Wanderungsbewegungen sein – wie ein roter Faden zieht sich diese Zukunftserwartung durch einen großen Teil der Beiträge zur Arena Analyse. Die Migration ist dabei nicht so sehr ein Issue für sich, sondern eher die gemeinsame Konsequenz aus vielen anderen, zum Teil höchst unterschiedlichen Entwicklungen. Das Thema kehrt deshalb in den Szenarien der unterschiedlichen Problemfelder mit beängstigender Hartnäckigkeit immer wieder. Zitat aus einem der Beiträge: *„Die Zahl internationaler Migranten hat sich seit 1960 verdreifacht und ist damit der zentrale menschliche Faktor transnationaler Globalisierung“*.

Im Folgenden ein erster Überblick über die wichtigsten Auslöser, die regionale oder auch globale Migration bewirken können.

- ▶ Verändertes Klima: Bevölkerungsgruppen wandern aus, weil sie in ihrem ursprünglichen Siedlungsgebiet nicht mehr ausreichend Nahrung produzieren können oder weil es schlicht unbewohnbar geworden ist.
- ▶ Kampf um Ressourcen: Menschen werden vertrieben, weil ihr Siedlungsgebiet reich an Rohstoffen ist und deshalb von einem großen Unternehmen oder sogar von einem Staat wie China zum Abbau erworben wurde.
- ▶ Lebensmittelknappheit bzw. steigende Lebensmittelpreise führen dazu, dass Menschen außerhalb ihrer Heimatregion Arbeit suchen müssen, um überleben zu können.
- ▶ Urbanisierung: Die Entstehung von Megacities ist zunächst eine Folge der Landflucht, zugleich lösen diese großen Städte aber auch weitere Migrationsbewegungen aus.
- ▶ Demografie – Bevölkerungswachstum: In Ländern mit sehr hoher Geburtenrate war es immer schon üblich, dass ein Teil der Kinder die Heimat verlässt. Im globalen Maßstab wird daraus in den nächsten Jahrzehnten eine insgesamt massive Wanderungsbewegung.
- ▶ Neue Armut: Die Ungleichheit zwischen Staaten benachbarter Regionen ist mitunter so gewaltig, dass ganze Generationen aus den jeweils armen Ländern zur Arbeitsmigration gezwungen sind. In Europa ist Moldawien ein solches Beispiel.
- ▶ Verschiebung der geopolitischen Gewichte: Wenn die Weltmächte ihre Einflussbereiche neu abstecken, kommt es zu Grenzkonflikten, zu ethnisch motivierten Auseinandersetzungen – und in der Folge

zu Flüchtlingsströmen und Vertreibungen. Aber auch die bekannten regionalen Krisenherde im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika oder im Kaukasus bergen jederzeit die Gefahr, Migrationswellen auszulösen.

Schließlich weist ein Beitrag der Arena Analyse darauf hin, dass Migration inzwischen auch ein Feld ist, auf dem die organisierte Kriminalität blüht. Schlepperei und Menschenhandel bis hin zu verschiedenen Formen moderner Sklaverei sind ebenfalls im Zunehmen. Ähnlich wie der Drogenhandel werden sie sich nicht allein mit Polizeimaßnahmen bekämpfen lassen, sondern müssen an der Wurzel des Problems – in diesem Fall der Ungleichheit der Lebenschancen in unterschiedlichen Weltregionen – behandelt werden.

1.1. Der Planet wird unwirtlich

Bereits 2007 haben das Center for Strategic and International Studies und das Center for a New American Security einen Bericht mit dem bezeichnenden Titel „The Age of Consequences“ veröffentlicht. Dort werden Szenarien simuliert, in denen die unbewältigten Umbrüche der Gegenwart in ihren schlimmsten Folgen zu Ende gedacht werden: Allein der Klimawandel könnte bis zum Ende des Jahrhundert 3 Milliarden Menschen heimatlos machen. Wasserknappheit, Überschwemmungen und Hungersnöte aufgrund von Ernteaussfällen machen sie zu Flüchtlingen. Diese ungeheuren Migrationsströme wiederum führen zu Chaos, sozialen Unruhen und Bürgerkriegen. Im Strudel der nicht mehr steuerbaren Umbrüche zerfallen ganze Staaten, weite Teile der Welt könnten so aussehen wie Zentraleuropa am Ende des Dreißigjährigen Kriegs – oder wie die Szenerie in einem der „Mad Max“-Filme: verwüstet, ohne zentrale Ordnungsmacht, von plündernden Clans durchwandert.

Wie nahe sind wir solchen Szenarien seither gekommen? Und wie gehen wir damit um?

Wenn das Klima kippt

Angesichts der aktuellen Katastrophen der letzten Jahre ist der Klimawandel mit all seinen drohenden Folgen ein wenig in den Hintergrund gerückt. Dazu kam die Glaubwürdigkeitskrise des bisher wichtigsten Warners, des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), dessen Vorsitzender Rajendra Pachauri vor einigen Monaten zugeben musste, dass eine seiner spektakulärsten Warnungen (die Gletscher des Himalaya würden bis 2035 geschmolzen sein) schlicht auf falschen Berechnungen beruhte.

Umso bemerkenswerter ist die zentrale Rolle, die das Issue „Klimawandel“ in den Erhebungen zur Arena Analyse 2012 einnimmt. In nahezu jedem der Beiträge wurde dieses Thema angesprochen, fast immer wurde auch

darauf verwiesen, dass es sich dabei um ein übersehenes Issue besonderer Art handelt, nämlich um eines, das bereit einmal im Mittelpunkt der Diskussion stand, aber wieder vergessen wurde .

Zitate: „Die ökonomischen Zwänge führen dazu, dass die Klimakrise völlig aus dem Fokus gerückt ist.“

„Niemand diskutiert im Moment öffentlich darüber, dass wir bis 2050 rund 80 % unserer fossilen Treibhausgasemissionen reduzieren müssen.“

„Der Klimawandel wird inzwischen weltweit als eine der zentralen Fragen der Menschheit gesehen.“

Was die Debatte neu angefacht hat, ist zum einen das enttäuschende Ergebnis des 17. Weltklimagipfels von Durban, zum anderen die Arbeiten am 5. Assessment Report des IPCC. Die Schwierigkeit, in Durban ein brauchbares Ergebnis zu erzielen, hat gezeigt, dass *„der Post-Kyoto-Prozess nicht so läuft wie erwartet. Die Klimapolitik stößt an Grenzen.“* Der nächste Bericht des IPCC soll zwar erst 2013 erscheinen, die Diskussion um Inhalte ist aber auf den einschlägigen Blogs bereits voll im Gange. Demnach erwartet die Fachwelt, dass manche der konkreten Szenarien, etwa über die Zukunft der polaren Regionen, präzisiert und wohl auch entschärft werden. An der grundsätzlichen Dringlichkeit der Reduktion von Treibhausgasen wird aber wohl ebenso wenig gerüttelt werden wie am globalen Ziel, dass die Erderwärmung nicht höher ausfallen soll als zwei Grad Celsius. Überdies soll der Bericht ein wesentlich ausführlicheres Kapitel über Anpassungsstrategien enthalten als das im 4. Report von 2007 der Fall war.

Nach dem Erscheinen des Berichts von 2007 wurden in der Öffentlichkeit vor allem die spektakulären Katastrophenszenarien diskutiert – Abschmelzen der Polkappen, Anstieg der Weltmeere und dauerhafte Überflutung von Städten wie New York, Versteppung der Wälder Sibiriens. Diese Szenarien sind zwar nach wie vor denkbar, vor allem dann, wenn die Erderwärmung deutlich höher ausfällt als die von der Staatengemeinschaft angepeilten zwei Grad. Tatsächlich birgt der Klimawandel aber auch in seinen mildereren Ausformungen enorme Gefahren. Die Liste ist lang – vom Verlust der ökologischen Vielfalt und dem Aussterben einheimischer Pflanzen über die Zunahme von Unwettern bis zum Anstieg von Energiekosten durch Kühlanlagen.

Da der mühsame Weg der kleinen Schritte durch allmähliches Reduzieren von CO₂-Emissionen offenkundig wenig fruchtet, erwarten Experten, dass die Ansätze des Geo-Engineerings auf die Agenda kommen werden. Damit sind großtechnische Lösungen gemeint, die im globalen Maßstab dafür sorgen, dass die Erde mehr Sonnenlicht reflektiert (und sich daher weniger erwärmt) oder dass CO₂ chemisch gebunden wird. So gibt es Pläne, winzige Aluminiumpartikel in den oberen Schichten der Stratosphäre auszusetzen

oder die Weltmeere mit Eisen und Phosphor zu düngen. Da diese Technologien noch lange nicht erprobt sind, aber massive Eingriffe in die Atmosphäre und das weltweite Klima darstellen, sind sie naturgemäß umstritten. Zitat: *„Die USA und China investieren stark in die Forschung zum Geo-Engineering. Bisher gab es da vor allem in Europa Hemmungen. Problematisch ist, dass es da keinen Dialog und wenig Forschung zur Manipulation der Atmosphäre und der Ozeane gibt.“*

Besonderes Augenmerk wurde in der Arena Analyse aber auf zwei Aspekte des Themenkomplexes Klima gelegt: Migration und Lebensmittelknappheit.

Wanderungsströme im kleinen oder großen Maßstab können schon durch geringe Veränderungen in den Witterungsbedingungen entstehen, wenn diese zum Verlust der Lebensgrundlagen führen. Ein scheinbar banales, aber für Österreich recht plastisches Beispiel ist der Wintertourismus in den Alpen. Trotz aller technischen Investitionen hängt dieser Wirtschaftszweig letztlich von einer einzigen Bedingung ab: Schnee. Schon jetzt werden 80 Prozent aller Skipisten regelmäßig beschneit, weil das Zusammentreffen von Niederschlägen und niedrigen Temperaturen selten geworden ist. Ein Ansteigen der winterlichen Durchschnittstemperatur um lediglich 1 Grad könnte bewirken, dass die Pisten in den Tallagen auch mit Schneekanonen nicht mehr benutzt werden können. Schneelose Hänge bedeuten ein Ausbleiben der Gäste, somit ein Versiegen einer wichtigen Einkommensquelle für einen großen Teil der Bevölkerung, der in der Folge zweifellos abwandern würde.

In Regionen mit geringer industrieller Entwicklung muss mit vermehrter Migration gerechnet werden, wenn sich die Möglichkeit zur landwirtschaftlichen Nutzung verschlechtert. Solche Veränderungen können allmählich über mehrere Generationen vor sich gehen, aber auch katastrophale Züge annehmen. Ein historisches Pendant liefert hier die „Große Hungersnot“ Irlands im 19. Jahrhundert. Der „Irish potato famine“ wurde durch mehrere Missernten ausgelöst, die Bevölkerung in der Folge um fast ein Drittel dezimiert – zwei Millionen Iren wanderten aus, eine Million verhungerte.

Das Ziel der irischen Auswanderung war vorwiegend Amerika, wo europäische Einwanderer damals willkommen waren. Heute gibt es keine Staaten mehr, die bereit und strukturell imstande sind, mehrere Millionen Hungerflüchtlinge aufzunehmen. Die vom Klimawandel ausgelösten Wanderbewegungen werden somit Konflikte nach sich ziehen, etwa ethnische Spannungen, Bandenkriege, Vertreibungen, möglich sind aber auch echte militärische Auseinandersetzungen.

Die Simulationsmodelle der Klimaforscher deuten darauf hin, dass sich durch die globale Erwärmung nicht einfach die gewohnten Klimazonen vom Äquator zu den Polen hin verschieben, sondern dass die Extreme in den jeweiligen Zonen radikaler werden. Höhere Durchschnittstemperaturen bedeuten also nicht, dass beispielsweise Österreich dann das Klima der

heutigen Toskana erhält, sondern dass die heißesten Sommertage und die kältesten Wintertage weiter auseinanderklaffen. Das ist ein wichtiges Detail für die Frage der künftigen landwirtschaftlichen Nutzbarkeit. Olivenbäume und Kokospalmen werden auch künftig nicht in Mitteleuropa stehen, weil die Gefahr von scharfen Frösten dafür zu groß ist. Im globalen Maßstab heißt das, dass der Ausfall von bisher fruchtbaren Regionen nicht automatisch durch andere, ebenfalls klimatisch veränderte Zonen kompensiert wird. Die Frage, wie sich der Klimawandel auf die Nahrungsmittelproduktion weltweit auswirken wird, ist daher theoretisch noch völlig ungeklärt. Sie steht aber auf der Liste der Issues, die in den nächsten Jahren an Bedeutung zunehmen werden.

Lebensmittel

Die Frage, wie die Welt in Zukunft ihren Bedarf an Nahrung, aber auch an sonstigen Rohstoffen und Energie decken wird, ist eng mit dem Klimawandel verknüpft, stellt sich aber auch unabhängig davon. Vor allem die Sicherheit der Lebensmittelversorgung kann zu einer der politischen Kernfragen der Zukunft werden. Zudem bestehen auch Interdependenzen zwischen den Verteilungskämpfen um Nahrung, Rohstoffe und Energie, wie sich am Beispiel der erneuerbaren Treibstoffe zeigen lässt. In den Worten eines der Beiträge zur Arena Analyse: *„Während die Entwicklungsländer hungern, verfeuern die Industriestatten immer mehr Weizen, Raps, Mais oder Palmöl in Form von Biotreibstoff oder Biogas.“*

Im Verein haben verändertes Klima und Nachfragekonkurrenz durch Energienutzung jedenfalls dazu geführt, dass die Preise für weltweit gehandelte Nahrungsmittel explodieren, allen voran Weizen, Reis oder Mais. So kostete ein Scheffel Mais (25 Kilogramm) im April 2010 an der Rohstoffbörse in Chicago rund 4,20 Dollar. Im Dezember 2011 stand der Preis bei 6,30 Dollar. Weltbankpräsident Robert Zoellick hat an die G-20 Staaten appelliert, die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise ganz oben auf ihre Agenda zu setzen. *„Die hohen Lebensmittelpreise führen zur sozialen und politischen Destabilisierung“*, konstatiert ein Arena-Analyse-Beitrag.

Dass die Lebensmittelpreise parallel zu den Preisen für Energie, vor allem zum Ölpreis, steigen, ist kein Zufall. Je höher der Ölpreis, desto höher die Nachfrage nach Biodiesel oder Bio-Ethanol. Überdies ist die moderne Lebensmittelproduktion selbst sehr energieintensiv. Energie wird nicht nur für die Bearbeitung der Äcker mit Traktoren benötigt, sondern auch in hohem Ausmaß für die Düngung, den Pflanzenschutz, die Ernte und Trocknung sowie schließlich für den oftmals weiten Transport der Agrarerzeugnisse.

Verschärft wird die Situation noch durch das prognostizierte Anwachsen der Weltbevölkerung: Bis 2050 soll die Erde von neun Milliarden Menschen bewohnt sein. Während also die Nahrungsmittelproduktion durch schlechtes

Wetter sinkt und die produzierten Mengen immer öfter als Treibstoff enden, steigt der Bedarf von immer mehr Menschen.

Im Sommer 2011 legte der wissenschaftliche Berater der britischen Regierung, Sir John Beddington, den Bericht „The Future of Food and Farming“ vor. Dort wird die Lebensmittelversorgung der Welt als Umverteilungsproblem dargestellt: 900 Millionen Menschen leiden an Hunger, eine weitere Milliarde kann sich nicht mit wichtigen Mineralien und Vitaminen versorgen. Ihnen gegenüber steht eine Milliarde Menschen, die an Übergewicht leidet.

Doch durch bessere Verteilung wird sich die Lebensmittelknappheit der Zukunft nicht lösen lassen. Mehrere Teilnehmer der Arena Analyse nennen deshalb *„die Flächenkonkurrenz im nationalen, internationalen und insbesondere auch im interkontinentalen Bereich“* als wichtiges Zukunftsthema. *„Die Verfügbarkeit von fruchtbaren Böden wird in der Wertigkeit weit unterschätzt.“* Neben der Bedrohung durch den Klimawandel und die Konkurrenz durch die Produktion von Bioenergie wird die Nutzung noch durch zwei andere Faktoren eingeschränkt: *„Die Wasserversorgung limitiert die landwirtschaftliche Produktion. Zudem werden viele der besten Böden durch Wohnbauten, Straßen und Gewerbeanlagen einfach verbaut.“* Gerade in einem Land wie Österreich, wo die landwirtschaftliche Produktion aus Kostengründen seit Jahren rückläufig ist, braucht es also ein langfristiges Konzept dafür, welche Flächen wie genutzt werden sollen: *„Freie Fläche und freier Raum werden immer weniger, während die Nutzungs- und Anspruchsvielfalt steigt. Es ist eine politische Entscheidung, ob freie Flächen in Zukunft für Nahrungsmittel- oder Energieproduktion genutzt werden, für Siedlungen, für Verkehr oder als Retentionsflächen.“*

Im internationalen Maßstab nimmt die Flächenkonkurrenz aber völlig andere Dimensionen an. So kaufen Staaten wie China und Indien seit Jahren große Flächen in Ländern Afrikas und Südamerikas, um sich Ressourcen zu sichern. Bisher betrafen solche Nutzungsverträge (die noch dazu oft von korrupten Herrschern zum Nachteil des betroffenen Landes abgeschlossen werden) vor allem den Abbau von mineralischen Rohstoffen, doch immer öfter gehen auch landwirtschaftliche Flächen auf diese Weise in die exklusive Verfügung einzelner großer Nationen über. *„Produkte aus diesen Regionen könnten also künftig in Europa nicht mehr im gewohnten Ausmaß erhältlich sein.“*

Energie

Wenn Experten über steigende Lebensmittelpreise nachdenken, dann gerät die Bio-Energie leicht in die Rolle des Schurken. Schließlich sind es die Hersteller von Ethanol aus Mais und von Diesel aus Raps, die den Hungernden dieser Welt ihre Nahrung streitig machen. Doch aus der Sicht des Klimaschutzes wäre es höchst fatal, würde die Entwicklung von Biotreibstoffen verteuert. Im Gegenteil: Wenn die Klimaerwärmung bis

2050 nur annähernd bei den angepeilten 2°C stabilisiert werden soll, müssen die Treibhausgasemissionen bis dahin um 80 % gesenkt werden. Das ist nur bei einem weitgehenden Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energie möglich.

Mehrere Mitglieder des Arena-Analyse-Panels sagen deshalb *„das weitgehende Ende des Ölzeitalters“* vorher. Wichtigstes Anzeichen dafür ist die anhaltende Verteuerung des knapp werdenden Rohöls. *„Die Entdeckung neuer Ölfelder ist seit 45 Jahren stark rückläufig und liegt heute weit unter dem jährlichen Verbrauch. Die Knappheit am Rohölmarkt ist heute schon so ausgeprägt, dass der Ausfall von einem Prozent der Weltförderung im Zuge der Libyen Krise nicht durch andere Produzenten aufgefangen werden konnte. Die strategischen Erdölreserven mussten durch die Internationale Energieagentur freigegeben werden, um eine Versorgungskrise zu verhindern.“* Folgerichtig hat sich der Rohölpreis seit 1999 verzehnfacht. Auch im Jahr 2008, als der Preis für ein Barrel Rohöl auf 150 Dollar hochschnellte (Ende 2011 lag der Preis bei rund 110 Dollar), wurde die globale Fördermenge nur unwesentlich erhöht.

Der hohe Ölpreis wird ein wichtiges Issue der nächsten Jahre sein, denn er entfaltet vielfältige Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung, negative ebenso wie positive. So war ein hoher Ölpreis in der Vergangenheit immer mit wirtschaftlichen Rezessionen verknüpft. Allerdings hat der Ölpreis in den Wirtschaftskrisen etwa der 1970er Jahre oder der frühen 1980er Jahre wegen des kurzfristig gesunkenen Bedarfs stets nachgegeben. Derzeit ist das offenbar nicht der Fall.

Die Entkoppelung von Wachstum und Energieverbrauch, von Experten seit Jahren als wichtiges Ziel beschworen, bleibt nach wie vor ein unerfüllter Wunschtraum. So ergibt sich ein Teufelskreis: *„Mehr Wachstum – die beste Antwort auf die derzeitigen Krisen – bedeutet mehr Energieverbrauch. Höherer Verbrauch treibt jedoch die Preise, bei Öl ebenso wie bei den alternativen Energieträgern. Die höheren Kosten wirken wiederum als Wachstumshemmer.“*

In einem weiteren Sinne ist ein hoher Ölpreis aber auch ein Segen, denn er beseitigt die wichtigste Hürde für den Umstieg auf Alternativenenergien – bei niedrigem Ölpreis amortisieren sich die hohen Anfangsinvestitionen für Biomasse, Solarenergie und dergleichen einfach nicht schnell genug. Die Gelegenheit für einen Umstieg auf Energiequellen, die CO₂-neutral sind und die Abhängigkeit vom Erdöl verringern, scheint also günstig.

Der Umstieg darf aber nicht einfach bedeuten, dass Öl durch Kohlenwasserstoffe aus Biomasse ersetzt wird – wenn das in großem Maßstab geschieht, entstehen – siehe oben – Probleme bei der Nahrungsmittelproduktion. In den Worten eines Arena-Analyse-Experten: *„Das wäre eine neue Vergeudung von wertvollen Ressourcen.“* Gefragt ist vielmehr die Entwicklung einer *„Biobased Economy“*. *„In Ländern wie Brasilien, China oder Russland läuft darüber eine intensive Debatte, bei*

uns ist das bestenfalls ein Randthema.“

Die Biobased Economy ist ein eindrucksvolles Beispiel für die Anwendung des Prinzips der Resilienz: Durch die Umstellung auf eine neue, erneuerbare Rohstoffbasis können weite Teile der Industrie auch dann bestehen, wenn der Preis für Erdöl oder die Strafzahlungen für CO₂-Emissionen herkömmliche Produktionsweisen unrentabel machen. Nötig ist dazu zum einen die Schaffung von geschlossenen Stoffkreisläufen, zum anderen die Erstellung einer „Nutzungshierarchie“ von landwirtschaftlichen Pflanzen, bei der die Nahrung ganz oben steht, gefolgt von der stofflichen Nutzung in der chemischen Industrie und erst danach der energetischen Nutzung. Diese Konzepte steckt auch technisch noch in ihren Anfängen, deshalb *„ist hier ein weites Feld an Forschung und Entwicklung nötig, gleichzeitig tun sich aber neue Wachstumsbereiche auf“*.

Parallel dazu erfordert die Energiewende aber auch Investitionen in die intelligente Nutzung. Dazu gehören neue Standards für die Errichtung von Gebäuden (*„Wärmedämmung wird seit Jahren propagiert. Inzwischen wird das, was dort eingespart wurde, durch die Zunahme von Klimaanlage wieder wettgemacht.“*), die Förderung nicht-fossiler Heizsysteme, aber auch die Einführung von neuen Verteilernetz-Technologien (Stichwort *„Smart Metering“*). Alle diese Maßnahmen erfordern hohe Investitionen, bei denen nicht klar ist, wer sie tragen soll – denn die Kostenvorteile in Form von niedrigeren Ausgaben für Energie kommen den Konsumenten (Wohnungsmietern, Strombeziehern) zugute, während der höhere Aufwand von den Produzenten (Immobilienerrichtern, Stromanbietern) nicht ohne weiteres abgewälzt werden kann. Zitat: *„Eine der Kernfragen wird lauten: Wer finanziert den Energiewandel? Wie können die Kosten zwischen Haushalten, Industrie und Gewerbe aufgeteilt werden? Wie kann verhindert werden, dass sozial Schwache auf alten Technologien und damit höheren laufenden Kosten sitzen bleiben?“*

Die faire Kostenaufteilung wird auch den Verkehr einbeziehen müssen. Dort wird die Umstellung auf CO₂-neutrale Energien noch länger dauern als in anderen Bereichen. Deshalb gehen einige Teilnehmer der Arena Analyse davon aus, dass von den Autofahrern ein finanzieller Beitrag zum Klimaschutz eingefordert werden wird: *„Road-Pricing für PKW ist durchaus machbar und wird schon bald auf die Agenda kommen.“*

Rohstoffe

Fragen nach der Verfügungsgewalt über wichtige Güter werden sich bei allen knappen Ressourcen in verschärfter Form stellen. Auf österreichischer Ebene ist eine Diskussion über die Nutzung (im weitesten Sinn) von Wald und Wasser zu erwarten. Dazu gehört die Frage nach der Erhaltung der Wälder ebenso wie die Frage nach der Belastung von Grundwässern durch die Landwirtschaft. Diese Fragen wurden vor einigen Jahren sogar im Verfassungskonvent diskutiert, dann aber wieder schubladisiert. Mit

steigenden Kosten für die Erhaltung einer intakten Umwelt werden sie wieder höhere Priorität erhalten.

International ist der Kampf um die Gewinnung von knappen Rohstoffen bereits voll im Gang. Heiß umkämpft ist dabei vor allem eine Gruppe von Metallen, die unter dem Sammelnamen „Seltene Erden“ bekannt sind – chemische Elemente wie Yttrium, Lanthan, Cer, Terbium. Sie werden für die meisten der gängigen elektronischen Geräte gebraucht, etwa Flachbildschirme, Mobiltelefone, Induktionsherde, aber auch für Akkus und Hybrid-Motoren. Eine Studie, die von EU-Kommission und UNO gemeinsam erstellt wurde, geht von einer Verdreifachung des Verbrauchs solcher Stoffe bis 2050 aus.

Da sich die weltweiten Vorkommen der Seltenen Erden auf einige wenige Weltregionen beschränken, ist die Konkurrenz um ihre Verfügbarkeit auch eine Frage der internationalen Politik und der Sicherheitspolitik. So hat China, einer der größten Produzenten, bereits seine Fördermengen im Hinblick auf die langfristige Sicherung der Vorkommen reduziert, die Exporte wurden limitiert.

Die Konkurrenz um Rohstoffe wird deshalb durch den schlecht regulierten Terminhandel verschärft, meinen manche Experten: *„Die heute vielerorts herbeigeredete Rohstoffknappheit gibt Finanzspekulationen breiten Raum und destabilisiert Volkswirtschaften. Der Kampf um den Zugang zu den Primärrohstoffquellen führt aber jedenfalls zu einer Destabilisierung der Weltordnung und verursacht explodierende Kosten, was Bezug der Rohstoffe, Sicherung der Quellen und Verdrängung von Mitbewerbern betrifft.“*

Mehrere Szenarien sind denkbar: So könnten die Hersteller von Produkten, die auf Seltene Erden angewiesen sind, dazu gezwungen sein, beispielsweise chinesische Unternehmen als Partner zu akzeptieren oder Standorte in China zu errichten. Denkbar wäre im Extrem auch, dass es zu langfristigen Verträgen kommt, bei denen die Industriestaaten wichtige Zugeständnisse machen müssen, um die Versorgung mit den nötigen Rohstoffen abzusichern. Nicht zuletzt sind auch Handelskriege nicht auszuschließen, wohl nicht gleich mit China, aber durchaus mit anderen, militärisch weniger bedrohlichen Ländern wie Südafrika oder Brasilien.

Ein viertes Szenario untersucht die Möglichkeiten, die Abhängigkeit von Lieferländern mit Quasi-Monopol zu verringern. Neben der Hoffnung auf Technologien, die mit geringeren Mengen dieser Mineralien auskommen, liegt eine solche Möglichkeit in der Etablierung einer neuen Form der Abfallwirtschaft.

Zitat: *„Seit Jahrzehnten ist bekannt, dass die heute produzierten Abfallberge höhere Mineraldichten, etwa bei Gold oder Seltenen Erden aufweisen, als die Primärabbaugebiete. Ihre Nutzung unterblieb, da die Materialzusammensetzung eine völlig andere als in den Bergwerken ist. Für die Gewinnung von Seltenen Erden aus Müllbergen müssten neue Schürfmethoden entwickelt werden.“*

Genau diese Art von Technologie ist derzeit im Entstehen und wird in den nächsten Jahren enorm an Bedeutung gewinnen. Eine der Herausforderungen besteht darin, dass Abfall meist in räumlicher Nähe zu Städten anfällt. Die klassischen Abbaumethoden, die sehr viel Platz benötigen, können im „Bergwerk Müllhalde“ nicht angewandt werden. Neue Verfahren verwenden Elemente der Nano- und der Bio-Technologie, die allesamt jedoch noch nicht den Status der Serienreife erreicht haben.

Mit der Jagd nach Seltenen Erden im Mist der Industrieländer wird sich auch der Charakter der Abfallwirtschaft insgesamt verändern. *„Heute steht immer noch der Gesichtspunkt der Müllentsorgung im Mittelpunkt. Auch Recycling ist im Kern nur ein Mittel, um die Müllmenge durch Zweitverwendung zu reduzieren. Was fehlt, ist eine Gesamtsicht im Hinblick auf die Verwertung möglichst vieler Stoffe und die Neugewinnung hochwertiger Materialien.“*

Neben den technischen Aspekten spielen hier auch wirtschaftliche und politische Fragen eine Rolle: Wem gehört eigentlich der Mist, der plötzlich zu einer wertvollen Rohstoffhalde geworden ist? Lohnt sich die Förderung von Forschung und Investition in dieses neue Feld? Experten sehen jedenfalls einen neuen Wirtschaftszweig entstehen: *„Die Trash-Industries könnten in den nächsten Jahrzehnten die Creative- und Content-Industries ablösen. Müll wird eine anderen Rohstoffen vergleichbar wertvolle Ressource werden. Früher oder später wird es Abkommen zwischen Industrieländern und Schwellenländern geben, wo letztere ihren Müll teuer verkaufen.“*

Urbanisierung

Noch 1950 lebten nur 28,8 % der Weltbevölkerung in Städten. Gegenwärtig sind es mehr als 50 %, und nach Schätzungen des UN World Urbanization Prospects soll der Anteil bis 2050 auf knapp 69 % ansteigen. Wie eine Welt aussehen wird, in der sich riesige Städte mit weitgehend unbewohnten Landstrichen abwechseln, lässt sich schon heute in China beobachten, wo knapp drei Viertel (73,2 %) der Bevölkerung in Städten wohnen. Eine Folge dieser Entwicklung ist die Entvölkerung des ländlichen Raums, wo in der Folge auch die Infrastruktur immer weiter verloren geht. Es ist eine Abwärtsspirale, die auch in Österreich in Regionen wie der Oststeiermark oder dem Mühlviertel beobachtet werden kann: Die Bewohner der Dörfer werden weniger, daraufhin siedeln auch die Einkaufsläden mangels Umsatzes um, irgendwann sperrt dann der kaum noch besuchte Dorfwirt zu, was für die Verbliebenen neuerlich ein Motiv darstellt, ebenfalls in die Stadt zu übersiedeln, in der sie ohnehin schon längst ihren Arbeitsplatz haben.

Parallel zur Entvölkerung des Landes geht die Herausbildung von Mega-Städten einher. Zitat: *„Hier stehen wir noch ganz am Beginn einer Entwicklung, deren Beherrschung und Steuerung von eminenter Bedeutung sein wird, denn komplexe Systeme wie Städte mit 20 und mehr Millionen Einwohnern verhalten sich anders und besitzen emergente Eigenschaften, die in normalen*

Millionenstädten nicht zu finden sind.“ Ein plastisches Beispiel für ein solches Megacity-Phänomen kann erleben, wer in Tokyo oder Shanghai mit dem Taxi fährt. Da kann es passieren, dass der Chauffeur an einer belebten Straße stehen bleibt, einen anderen Wagen ruft und den Fahrgast bittet, umzusteigen – mit der Begründung, dass jenseits des Boulevards ein Stadtteil liegt, in dem er selber noch nie war und wo er sich auch nicht auskennen würde...

Die wahren Probleme der Megacities sind freilich deutlich weniger harmlos. Manche Städte wachsen so schnell, dass die Infrastruktur nicht Schritt halten könnte, selbst wenn das Geld für ihren Ausbau vorhanden wäre: Lagos in Nigeria hat sich innerhalb von zehn Jahren von fünf auf zehn Millionen Einwohner verdoppelt, Dhaka in Bangladesh steigert seine Bevölkerungszahl jedes Jahr um rund 200.000 Menschen und wird demnächst mit 22 Millionen Einwohnern hinter Tokyo (35 Millionen) die zweitgrößte Stadt der Welt sein.

Es lässt sich leicht ausmalen, dass ein beachtlicher Teil dieser Bevölkerung weder reguläre Wohnungen noch geregelte Arbeit vorfindet. Die Hoffnungen, die mit der Wanderung aus armen Landstrichen in die scheinbar reiche Stadt verbunden sind, werden in der Realität fast immer enttäuscht. Somit schlummert in den Slums der afrikanischen und südostasiatischen Städte ein Unruhepotenzial, das noch kaum richtig eingeschätzt wird: Millionen von arbeits- und chancenlosen jungen Männern mit wachsender Enttäuschung und wachsender Wut auf die herrschenden Umstände.

Die Urbanisierung als Gesamtphänomen hat sowohl negative als auch positive Aspekte, die stark davon abhängen, in welchem Ausmaß und welchem Tempo der Wandel abläuft. So verringern sich zunächst die Infrastrukturkosten, wenn verstreute Wohnsiedlungen und kleine Dörfer zu größeren Einheiten zusammenwachsen. Kanalsysteme und Energieversorgung werden billiger, die Fahrten mit privaten PKWs nehmen ab. Manche Einrichtungen rechnen sich überhaupt erst ab einer gewissen Bevölkerungsdichte, etwa öffentliche Verkehrsmittel, Einkaufszentren, Schulen, Krankenhäuser. Wenn die Stadt eine gewisse Größe erreicht hat, kippt dieser Kostenvorteil allerdings in einen Nachteil, weil dann die Investitionen in Verkehr, Müllentsorgung, etc. überproportional groß werden.

Probleme tauchen natürlich vor allem durch die Dynamik der Urbanisierung auf. So läuft die Abwanderung meist entlang demografischer Bruchlinien. Die Jungen ziehen in die Stadt, die Alten bleiben zurück; die gebildete, mobile Bevölkerung wandert ab, zurück bleiben jene, die sich in der Stadt nicht zurechtfinden oder dort keinen Job zu finden glauben. *„Ländliche Räume drohen deshalb zu den Verlierern der Modernisierung zu werden.“*

In Österreich ist der ländliche Raum stark ideologisch aufgeladen, er wird idealisiert und in seiner Bedeutung überschätzt. Die Forderung aus der Arena Analyse lautet daher: *„Strukturwandel im ländlichen Raum darf kein Tabu sein, auch über Rückbauten muss geredet werden.“* Gemeint ist

die Verringerung des infrastrukturellen Angebots im Falle von sinkendem Bedarf – die Schließung von Postämtern und Bezirksgerichten, die Auflassung von Bahnlinien führten ja in Österreich unabhängig von den Nutzer-Kennzahlen zu breiten Protesten.

Gleichzeitig muss aber auch über die sozialen Folgekosten der Stadt-Land-Migration ein Diskurs eröffnet werden: Er betrifft die Versorgung der zurück bleibenden Älteren und sozial Schwächeren, aber auch die Frage nach den Auswirkungen auf das Wachstum der Städte.

1.2. Die demografische Zeitbombe

Gleich ein ganzes Bündel aktueller Bedrohungen verbirgt sich hinter diesem Kürzel: Zum einen geht es um weltweiten Migrationsdruck, der dadurch ausgelöst wird, dass in den Industrieländern die Geburtenrate konstant niedrig ist, während viele Länder mit deutlich geringerem Sozialprodukt sehr hohes Bevölkerungswachstum aufweisen. Völlig anders gelagert, aber eine Folge desselben Phänomens sind die Probleme, die Österreich und andere Industriestaaten mit ihren Sozialsystemen haben, weil die Zahl der (empfangenden) Alten schneller wächst als die Zahl der (einzahlenden) Jüngeren. Drittens werden Probleme, die der Klimawandel hervorruft, durch das unterschiedliche Bevölkerungswachstum in verschiedenen Teilen der Welt noch verstärkt. Und schließlich sehen Risikoforscher in vielen Regionen die Gefahr, dass die demografische Entwicklung ethnische Konflikte auslöst, weil eine Minderheit durch hohe Geburtenraten zur Mehrheit wird oder ein Staat infolge hohen demografischen Drucks bewaffnete Auseinandersetzungen mit einem Nachbarland provoziert – der Nahe Osten ist eine solche Region, Zentralafrika ebenso, überraschenderweise aber auch der Südwesten der USA, wo schon heute rassistisch unterlegte Spannungen zwischen weißen Amerikanern und der rasch wachsenden hispanischen Bevölkerung herrschen.

Insofern ist die Demografie ein Issue von besonders hoher Interdependenz und zugleich eines, wo dem Aspekt der Resilienz eine besondere Bedeutung zukommt. Nahezu alle in diesem Bericht genannten Probleme hängen auch mit der Tatsache zusammen (oder werden durch sie verschärft), dass in weiten Teilen des Globus die Bevölkerung ungebremsst wächst: die Verteilungskämpfe um Ressourcen, die steigenden Preise für Nahrungsmittel und Energie, die offensichtliche Unmöglichkeit, Treibhausgase zu reduzieren, die rasante Urbanisierung, die wachsende Gefahr von Kriegen überall auf der Welt. Und fast überall kann das Wissen um die Zusammenhänge kaum zur Verhinderung der Entwicklungen beitragen, sondern lediglich zum besseren Umgang damit.

Bevölkerungsexplosion und Verarmung

Die UNO geht in ihren World Population Prospects davon aus, dass die Weltbevölkerung bis 2025 auf 8,0 Milliarden und bis 2050 auf 9,2 Milliarden, möglicherweise sogar auf 10,5 Milliarden ansteigen wird. Zwar gibt es abweichende Berechnungen, die davon ausgehen, dass in den Ländern Südasiens und in Afrika die heute sehr hohen Geburtenraten sinken, wenn die Programme zur Geburtenkontrolle greifen und insgesamt die Industrialisierung voranschreitet. Trotzdem stellen sich Experten die Frage, ob die Erde so viele Menschen überhaupt ernähren kann. Eine Berechnung der American Association for the Advancement of Science (AAAS) hat ergeben, dass in den nächsten 40 Jahren weltweit annähernd die gleiche Menge an Lebensmitteln produziert werden muss wie in den letzten 8000 Jahren. Ohne eine neuerliche Revolution in der landwirtschaftlichen Produktionsweise wird das nicht möglich sein, warnt die AAAS.

Die starke Zunahme der Weltbevölkerung verschärft in jedem Fall die Probleme rund um Klimawandel und Ressourcenverbrauch – einfach weil mehr Menschen mehr Rohstoffe benötigen und mehr Emissionen verursachen, selbst wenn die Pro-Kopf-Belastung des Weltklimas in den Ländern mit hohem Bevölkerungswachstum nur einen Bruchteil des ökologischen Footprints von Europäern oder Amerikanern ausmacht. Der Gesamtverbrauch an Ressourcen ist schon jetzt höher als die Regenerationsrate – jedenfalls stellt das der Living Planet Report des WWF regelmäßig fest, der zuletzt berechnet hat, dass die Weltbevölkerung derzeit das eineinhalbfache dessen verbraucht, was die Erde bieten kann, wenn sie als System stabil bleiben soll. Bis 2050 würde die Weltbevölkerung „drei Erden“ verbrauchen, wenn die derzeitigen Pro-Kopf-Raten unverändert bleiben und überdies berücksichtigt wird, dass mit steigendem Wohlstand in vielen Schwellenländern sich dort der Footprint noch verschlechtert.

Ob solche Berechnungen dazu führen, dass die Prinzipien der Nachhaltigkeit in den Industriestaaten an Bedeutung gewinnen, blieb im Rahmen der Arena Analyse eine offene Frage. Zum einen wächst der Druck in diese Richtung durch NGOs und Bürger auf die entwickelten Staaten, zum anderen zeigen die Zahlen der Vergangenheit, dass sich trotz lebhafter öffentlicher Debatten wenig am konkreten Verhalten der betroffenen Staaten geändert hat.

Leben im Land der Alten

So dramatisch die Folgen des hohen Bevölkerungswachstums auch sein mögen – in Europa werden die Länder mit genau dem gegenteiligen Phänomen zu kämpfen haben. Hier nämlich wird der seit längerem bekannte Mix aus niedrigen Geburtenraten und steigender Lebenserwartung zu einem immer höheren Anteil von alten Menschen an der Gesamtbevölkerung führen. Dieses Phänomen der „Ageing Society“ wird nach Ansicht der Teilnehmer der Arena Analyse *„trotz hoher publizistischer Aufmerksamkeit*

in ihren Folgen grob unterschätzt bzw. verharmlost. Dabei ist die Geschichte schon geschrieben und zumindest in ihren quantitativen Perspektiven für die nächsten Jahrzehnte bekannt.“

Tatsächlich ist die simple Tatsache, dass Menschen immer länger leben, inzwischen ein empirisch nicht mehr zu erschütterndes Faktum. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts steigt die durchschnittliche Lebensdauer linear und kontinuierlich an. Alle Vorhersagen, dass Zivilisationskrankheiten, Industrialisierung oder der Stress des modernen, hektischen Alltags das Leben verkürzen, sind zumindest im statistischen Schnitt widerlegt. Als falsch erwiesen sich bisher auch alle Prognosen darüber, wie hoch die menschliche Lebensdauer denn überhaupt gehen könne. Offenbar sind weder 90 noch 100 noch 110 eine natürliche Grenze, die Lebenserwartung steigt einfach immer weiter, und die Demografen gehen davon aus, dass sich daran im Prinzip auch in den nächsten 50 Jahren nichts ändern wird.

Das aber bedeutet, dass sich Europa zum Kontinent der alten Menschen entwickelt. *„Laut UN-Berechnungen wird um 2050 das Durchschnittsalter in Europa 50 Jahre betragen. Die größte Bevölkerungsgruppe der europäischen Staaten wird älter als 65 Jahre alt sein. Die durchschnittliche Lebenserwartung eines 65jährigen Europäers wird 2050 noch weitere 20 Jahre betragen.“*

Für die Pensionssysteme ergeben sich daraus dramatische Folgen. Ein Mann, der beispielsweise nach einem Studium mit 22 ins Erwerbsleben eintritt, mit 65 in Pension geht und 90 Jahre alt wird, hätte 43 Jahre seines Lebens gearbeitet, 47 Jahre aber nicht (22 Jahre Kindheit und Ausbildung, 25 Jahre Pension). Die bestehenden Systeme der sozialen Absicherung können ein solches Verhältnis mit Sicherheit nicht für alle finanzieren. Es geht dabei nicht nur um die Pensionsversicherung, sondern im gleichen Ausmaß auch um die Gesundheitsversorgung, die ja ebenfalls nur von den Erwerbstätigen finanziert wird, aber umso mehr in Anspruch genommen wird, je älter die Menschen werden.

Dabei ist der Pensionsantritt mit 65 im obigen Beispiel ohnehin schon eher die Ausnahme. Für die gesamte Gruppe der OECD-Staaten gilt, was ein Beitrag zur Arena Analyse festhält. *„Während die Lebenserwartung über die letzten Jahrzehnte stetig zugenommen hat und weiter steigen wird, ist das offizielle Pensionsantrittsalter in den wenigsten Mitgliedsstaaten angehoben worden; das reale Pensionsantrittsalter ist in vielen Ländern seit den 1970er Jahren bis vor kurzem sogar gesunken.“* In den wenigsten Staaten wurde überdies die sinkende Geburtenrate durch eine ausreichend große Zuwanderung kompensiert, sodass parallel auch noch der Anteil der Erwerbstätigen prozentuell zurückgeht. Es tut sich also eine doppelte Schere auf: Das zahlenmäßige Gesamtverhältnis zwischen Erwerbstätigen und Pensionsbeziehern verschlechtert sich laufend, und das Verhältnis zwischen Erwerbsjahren und Pensionsjahren bei den einzelnen Bürgern ebenfalls.

Es handelt sich hier keineswegs um ein übersehenes Issue, sondern

vielmehr um ein von der Politik geflissentlich ignoriertes. Zitate aus den Beiträgen zur Arena Analyse: *„Die Sozialausgaben steigen durch den demografischen Wandel. Aber außer Diskussionen ist hier kaum Bewegung zu sehen.“*

„Die Pensionsfrage ist vergleichsweise einfach steuerbar, die Lösungen müssen nur politisch gewollt werden. Alle Parameter des Systems sind bekannt. Die Folgen im Gesundheitssystem sind einigermaßen komplexer, werden aber letztlich an der Frage des freien Zugangs zu den medizinischen Leistungen entschieden. Ein freier, vom Staat finanzierter Zugang ist NICHT leistbar. Über die Mechanismen, wie der Zugang beschränkt und gesteuert wird, muss aber noch gesellschaftlicher Konsens gefunden werden.“

Noch dynamischer wird die Kostenentwicklung im Pflegebereich sein, der keinesfalls getrennt vom Gesundheitssystem gesehen werden darf. *„Gerade dieser Sektor wird völlig neue Organisationsformen erfordern“,* denn die Unterstützung und Pflege hochbetagter Menschen kann immer weniger von Familienangehörigen übernommen werden. *„Im Rahmen der bestehenden privaten wie auch öffentlichen Einrichtungen wird die Finanzierbarkeit des Systems längerfristig nicht zu gewährleisten sein. Schon heute wird ein Pflegenotstand nur notdürftig gemildert durch eine immer größere Anzahl illegal beschäftigter Migranten/Migrantinnen.“*

Doch die Sorge um die Finanzierbarkeit greift zu kurz. Sie entspringt im Grund einer impliziten Fortschreibung des Status Quo. In Wahrheit wird sich aber das Bild des Alterns grundlegend ändern. Das betrifft zum einen das Miteinander der Generationen: *„Die Überalterung wird zum großen gesellschaftlichen Thema, wenn es nicht gelingt, die Frage zu beantworten, wie Generationenvertrag und Generationenliebe in den Familien die Gerontokratie und den Generationenkrieg aufhalten.“*

Dazu kommt die Beobachtung, dass in Österreich wie auch im übrigen Europa durch die aktuellen Migrationswellen die jüngere Generation der Zukunft ethnisch deutlich anders zusammengesetzt sein wird als die mit ihr zusammenlebende Gruppe der Alten. *„Wir werden in 50 Jahren eine Gesellschaft haben, in der die ältere Generation eine vergleichbare ethnische Zusammensetzung wie heute aufweisen wird. Die jüngere Generation aber wird zu einem sehr hohen Prozentsatz einen deutlich anders akzentuierten ethnischen Mix zeigen. Das wird dem ohnehin bereits latent schwelenden Generationenkonflikt eine zusätzliche Brisanz verleihen.“*

Aber auch das Altwerden selbst wird in Zukunft anders vor sich gehen als heute. Die einzelnen Lebensphasen (Ausbildung – Aufbau von Berufserfahrung – beruflicher Zenit – Altersruhe) werden sich verschieben und auch in ihrer Abfolge verändern. *„Diskutiert wird derzeit nur das Pensionssystem, aber nicht, welchen Umgang Gesellschaft und Individuen mit dem höheren Alter haben könnten.“*

Das beginnt mit der ohnehin schon akuten Frage, ob und wie es denn im Unternehmensalltag überhaupt möglich ist, dass Menschen bis 70 oder

noch länger berufstätig bleiben. Ältere Menschen sind erfahrener und routinierter als jüngere, zugleich aber körperlich weniger belastbar und in ihrem Arbeitsrhythmus in der Regel langsamer. Darauf müssen sich die Unternehmensprozesse einstellen. Ebenso wird gern übersehen, dass gegenwärtig Berufslaufbahnen darauf ausgerichtet sind, dass die Mitarbeiter etwa mit 50 den Zenit ihrer Karriereleiter erreichen und ihn zehn Jahre lang halten. Mit 60 werden sie dann noch einmal befördert, bevor sie mit 62 oder 63 in Pension geschickt werden. Was aber, wenn es normal wird, dass Menschen bis 70 Jahre oder noch länger arbeiten? Werden dann alle innerbetrieblichen Aufstiegschancen um zehn Jahre nach hinten verschoben, weil vorher einfach keine Management-Positionen frei werden? Müssen sich die Jüngeren auf Karriereverläufe à la Prince Charles einstellen? Der britische Thronfolger hat mit 63 fast schon das heute übliche Pensionsalter erreicht. Die Queen erfreut sich mit 85 bester Gesundheit, es ist durchaus realistisch, dass sie noch weitere 10 bis 15 Jahre regiert (die Queen Mom wurde 102). Das würde bedeuten, dass Charles Mountbatten-Windsor, Prince of Wales, selber auf die 80 zugeht, wenn er endlich König werden kann – also ein Alter erreicht hat, wo selbst hartgesottene Patriarchen eher an den Rückzug denken als an die Übernahme einer neuen Führungsposition.

„Mit Sicherheit ist die (immer beschworene und dringend nötige) Anhebung des Pensionsantrittsalters mit großen technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen verbunden. Unter diesen Gesichtspunkten bietet die österreichische Arbeitsstruktur zu wenig Möglichkeiten, um über 40 Jahre hindurch gesund sowie für beide Seiten (Arbeitsgeber und Arbeitnehmer) nutzenfördernd zu arbeiten.“

1.3. Das Dreieck Wirtschaft – Politik – Gesellschaft

Wir erleben derzeit nicht mehr und nicht weniger als eine wirtschaftliche Zeitenwende. Spätestens seit der Industriellen Revolution, in Wahrheit aber schon seit der Entdeckung Amerikas, hat der Westen kontinuierlich einen historisch beeindruckenden Aufstieg erlebt – wenn auch in Wellen und mit gelegentlichen Rückschlägen. Zu den wesentlichen geistigen Grundlagen der Moderne gehört die tiefsitzende, meist gar nicht mehr bewusst erlebte Überzeugung, dass die Entwicklung zumindest mittelfristig nach oben weist. Inzwischen mehren sich aber die Anzeichen, dass es in diesem Jahrhundert auf einmal nicht mehr so weiter gehen könnte.

Zitat: „Zum ersten Mal können wir das Versprechen, dass es der nächsten Generation besser gehen wird als der gerade im Erwerbsleben stehenden, in dieser Form nicht mehr geben.“ Zum einen deutet nichts darauf hin, dass es in den westlichen Industriestaaten in den nächsten zehn Jahren wieder nennenswertes Wachstum geben könnte. Zum anderen wird die nächste Generation auch noch durch den Abbau der Schulden von Jahrzehnten des „Wachstums auf Pump“ belastet. *„Ziemlich zeitgleich haben in den 1970iger Jahren viele Länder der westlichen Welt begonnen, durch Ausbau der Staatsverschuldung das Wachstum ihrer Volkswirtschaften und den weiteren Ausbau der Sozialsysteme zu finanzieren. Jetzt steht ebenso synchron die Mehrheit der Länder der westlichen Welt vor der Herausforderung, dass die Märkte die Fortsetzung dieser Politik nicht weiter finanzieren.“*

„Es gibt übrigens kein vergleichbares historisches Beispiel für die letzten drei Generationen, die in einem solchen Ausmaß einen Vorgriff auf die nächsten Generationen tätigen. Wir leben auch bei den Rohstoffen auf Pump; bei der Atomkraft sogar auf mehrere tausend Jahre in die Zukunft.“

Feindbild Wirtschaft

Die Finanzkrise und ihre Nachwirkungen haben eine neue Form der Wirtschaftskritik hervorgebracht. Unternehmen, vor allem Banken müssen sich darauf einstellen, dass ihnen aus großen Teilen der Bevölkerung eine misstrauische, wenn nicht gar feindselige Haltung entgegengebracht wird – in einem Ausmaß, wie das seit den Jahren nach 1968 nicht mehr der Fall war. Sogar der „Spiegel“ titelte im November 2011 „Geld regiert die Welt – aber wer regiert das Geld?“

In einem der Beiträge zur Arena Analyse heißt es: *„Das verstärkte Financial Engineering zur Abwendung von immer neuen Problemen im Finanzsystem stärkt die Position jener, die die Krise angerichtet haben. Erst führte die Bankenkrise zu einer Wirtschafts- und Staatskrise. Nun führt die Staatskrise wieder zu einer Bankenkrise.“*

Diese Unzufriedenheit wird in den nächsten Jahren drei Entwicklungen verstärkt in den Mittelpunkt rücken:

- ▶ Von Seiten der Wähler und der Öffentlichkeit wächst der Druck nach stärkerer Regulierung der wirtschaftlichen Tätigkeit, insbesondere der Finanzmärkte.
- ▶ Finanzwirtschaft und Realwirtschaft rücken wieder näher zusammen und werden stärker verschränkt.
- ▶ Die Gefahr wächst, dass Proteste der Straße sich gegen Banken und Konzerne richten, begleitet von durchaus gewalttätigen Ausschreitungen.

Die Neuordnung des Finanzsektors wird noch für einige Zeit im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik stehen. Änderungen werden für die Rolle der Rating-Agenturen erwartet, wobei manche Experten davon ausgehen, dass diese Agenturen an Bedeutung verlieren oder aktiv zurückgedrängt werden, während andere glauben, dass der Markt – also in diesem Fall die Käufer von Staatsanleihen – weiterhin deren Bewertungen als Grundlage für ihre Investmententscheidungen heranziehen wird. Ob es möglich ist, die aktuelle negative Stimmung gegen Standard & Poor's, Moody's und Fitch tatsächlich zu nutzen, um diesen Unternehmen ihre derzeit noch sehr mächtige Rolle zu nehmen, wird auch davon abhängen, ob es gelingt, alternative Bewertungen und Informationsquellen für die Anleger zur Verfügung zu stellen.

Bereits weitgehend Realität sind verschärfte Regeln wie erhöhte Eigenkapitalvorschriften, eine dadurch restriktivere Kreditvergabe, auch die Besteuerung von Finanztransaktionen wird als wahrscheinlich eingeschätzt. In weiterer Folge könnte es auch Beschränkungen bis hin zu Verboten für jene derivativen Finanzinstrumente geben, die in der Vergangenheit durch ihre starke Hebelwirkung krisenhafte Störungen ausgelöst haben.

Das ist aber nur der erste Schritt, danach folgt nach vielfach geäußerter Einschätzung *„als mittelfristige Auswirkung ein massiver Trend zurück zur Realwirtschaft.“* Schon die Begrifflichkeit impliziert ja, dass die Finanzwirtschaft eine gewissermaßen virtuelle, wenn nicht gar irrealen Wirtschaftssphäre sei. Im letzten Jahrzehnt traf das zweifellos auch auf viele Transaktionen zu, etwa wenn mit Krediten Wertpapiere gekauft wurden und die Bedienung der Kredite über den Wertzuwachs der Aktien erfolgte, der aber nur deshalb eintrat, weil so viele Anleger dasselbe Geschäft von Kredit und Aktienkauf eingingen – und nicht deshalb, weil vielleicht die Performance des Unternehmens, von dem die Aktien stammten, sich verbessert hätte. Auch das schiere Volumen der Finanzwirtschaft lässt darauf schließen, dass große Teile dieses Geschäfts irreal sein müssen – also losgelöst von der Welt der wirklich existierenden Güter, ihrer Produktion und ihrem Verkauf.

Zwar kursieren unterschiedliche Zahlen, die meisten Ökonomen gehen jedoch davon aus, dass die Finanzwirtschaft etwa das 30- bis 40-fache Volumen der Realwirtschaft ausmacht: Das weltweite Bruttosozialprodukt liegt bei etwa 60 Billionen (60.000 Milliarden) Dollar, während die Summe des Buchgeldes auf etwa 2.000 Billionen Dollar geschätzt wird. *„Sparer und Investoren ertrinken in Scheinvermögen“*, heißt es dazu in der Arena Analyse. Noch drastischer könnte man sagen: 97 % des weltweiten Finanzvermögens sind nichts anderes als Zahlen in einer Kontoliste, denen keinerlei real angreifbare Werte gegenüberstehen.

Üblicherweise reagiert das Wirtschaftssystem (der Markt – um ein inzwischen verpönte Vokabel zu bemühen) auf ein solches Missverhältnis durch Entwertung der entsprechenden Finanzpapiere oder des Geldes, bis sich beide Sphären wieder ausreichend angenähert haben. Zuletzt war das bei der „dot.com-Blase“ 2001 der Fall, wo ein massiver Absturz von Aktienkursen die zuvor bestehende Überbewertung von Unternehmen auf das Maß der tatsächlichen Wertschöpfung korrigiert hat.

Die gegenwärtige Situation ist aber viel gefährlicher, weil derzeit *„ganze Staaten und Wirtschaftsräume neu bewertet werden“*.

Anleger und Kreditgeber werden künftig Unternehmenswerte stärker anhand realer Wertschöpfung bemessen. Erträge aus Finanzgeschäften, die in der Vergangenheit selbst bei Industriekonzernen oft einen großen Teil der Bilanzgewinne ausmachten, werden an Bedeutung verlieren.

Darüber hinaus erwarten die Experten der Arena Analyse aber auch eine neue Umverteilungsdebatte. Derzeit entzündet sie sich noch an der Frage, wer *„für die Krise zahlen soll“* und wer, ganz aktuell, die Last des Abbaus der Schulden aus der Vergangenheit zu tragen hat. Der Ruf nach Umverteilung wird aber weiter und tiefer gehen, denn die ungleiche Verteilung des Sozialprodukts – in den einzelnen Ländern wie auch im globalen Maßstab – wird als eine der wichtigsten Ursachen der gegenwärtigen Krise gesehen: *„Das Problem am Fundament unserer Wirtschaft und Gesellschaft ist die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen. Es wird deshalb international abgestimmte Maßnahmen gegen die Akkumulation von Vermögen in den Händen schmäler und privilegierter sozialer Schichten geben.“*

Kommt es nicht dazu, dann drohen Aufstände. *„Werden die Kapitalmärkte von Europa (und sonst wird es keiner machen) nicht stärker reguliert und die Finanzflüsse durch eine Finanztransaktionssteuer oder ähnliches der aktuell kompletten Intransparenz entrissen, wird sich daran ein gewalttätiger Volkszorn entzünden. Die Machenschaften der internationalen Konzerne, die vor allem über Finanzgeschäfte ihre Profite maximieren, werden massiv in die Ziehung kommen“*, konstatiert ein Beitrag zur Arena Analyse düster. Denn im Bemühen um die Sanierung ihrer Budgets werden die überschuldeten Staaten Mittelstand und mittelständische Wirtschaft unvermeidlich stark belasten. Dieser Druck auf die kleinen und nicht ganz so kleinen Leute wird

sich an den anonymen Großen abreagieren – ohne Zweifel zusätzlich angefacht durch populistische Krisengewinner aus der Politik. Die Proteste in Griechenland, an der Puerta del Sol in Madrid oder die Bewegung Occupy Wallstreet liefern bereits Anschauungsmaterial.

Als Nebenwirkung erhält das Thema „Sicherheit“ neue Bedeutung: Sicherheit von Leib und Leben, Schutz vor bewaffneten Kämpfen wird mitten in Europa wieder zu einem aktuellen Anliegen. *„Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, sofern diese nicht durch vernünftige Maßnahmen abgefangen werden können, können durchaus in bürgerkriegsartigen Zuständen resultieren.“*

Harte Sparprogramme werden den europäischen Ländern nicht erspart bleiben. Wenn sie überdies mit größeren sozialen Härten einher gehen oder in Summe als ungerecht empfunden werden, wenn dazu noch steigende Arbeitslosigkeit kommt, dann *„könnte sich eine kritische Masse bilden, die Veränderungen zugunsten ihrer Interessen nicht nur im Rahmen der Demonstrationsfreiheit einfordert, sondern den Funken zur Gewaltbereitschaft überspringen lässt.“*

Die neue soziale Frage

Die Krise hat ein Phänomen hervorgerufen, das in den optimistischen 1990er Jahren bereits völlig überwunden geglaubt worden war: Armut in Europa, noch dazu eine Armut, die nicht Randschichten betrifft, sondern immer öfter auf den Mittelstand übergreift. *„Immer mehr Menschen fallen erst aus dem Wirtschafts- und dann aus dem Sozialsystem heraus, es bildet sich eine neue Unterschicht.“* Verarmung muss nicht einmal mit dem Verlust des Arbeitsplatzes beginnen. Auch das Phänomen der Working poor hält in Europa Einzug: Kinderreiche Familien mit nur einem Einkommensbezieher können sich oft nur mit Mühe oberhalb der Armutsgrenze halten. Die Teuerung bei den Kosten für Energie und Nahrungsmittel trifft diese Schichten besonders hart. Die Teilnehmer der Arena Analyse halten dieses Problem vor allem auf politischer Ebene für sträflich vernachlässigt: *„Die Verarmung schreitet voran, es gibt weder auf politischer Seite noch seitens der Forschung eine Lösung für diese Entwicklung. Anscheinend hoffen alle, es wird sich schon irgendwann wieder verändern.“*

Fatal an der Entwicklung ist vor allem die Dynamik: *„Schichten, die bislang für sich und ihre Kinder nur die Perspektive des Aufstiegs kannten, sind nun plötzlich mit dem Abgrund des Abstiegs konfrontiert. Früher hatten die Eltern zu ihren Kindern gesagt, du sollst es einmal besser haben. Jetzt sagen sie, hoffentlich wirst du es nicht schlechter haben.“*

Schon differenziert die Soziologie drei verschiedene Zonen der sozialen Sicherheit: eine kleiner werdende „Zone der Integration“, eine wachsende „Zone der Verwundbarkeit“ und eine sich verfestigende „Zone der Entkoppelung“. Traditionell war die Zugehörigkeit zur ersten Zone an die Verfügbarkeit eines halbwegs sicheren Jobs geknüpft, doch *„die Erwerbsarbeit*

hat ihren integrativen Charakter eingebüßt“.

Als langfristiger Kollateralschaden geht dabei auch eine der ethischen Grundlagen des westlichen Wertesystems verloren, nämlich *„das Versprechen, dass Leistung und Arbeitseifer soziale Sicherheit und Anerkennung bewirken.“* Menschen, die im Rahmen ihrer Berufstätigkeit sozialen Abstieg erleben mussten (weil beispielsweise ihre Qualifikation durch Automatisierung verloren ging und sie bereit waren, eine schlechter bezahlte Tätigkeit auszuüben, um den Arbeitsplatz zu behalten), *„fühlen sich um das versprochene Lebenskonzept betrogen, das einen Tausch von Arbeit gegen Wohlstand und sozialen Status vorsieht. Ausbildung, Fleiß, Entságungen, Treue – all das schützt nicht vor Abstieg. Das nehmen die Betroffenen als eklatanten Verstoß gegen die Fairness wahr, als Verletzung und Kränkung.“*

Wenn aber größere Teile einer Gesellschaft erleben, dass sie trotz Arbeit und Einsatzbereitschaft von der Teilhabe am allgemeinen Wohlstand ausgeschlossen bleiben, dann entsteht ein langfristig gefährliches Unzufriedenheitspotential. Mit wachsender Armut verschlechtert sich auch der soziale Zusammenhalt, ebenso der allgemeine Gesundheitszustand einer Gesellschaft: *„Der britische Soziologe Richard Wilkinson hat gemeinsam mit der Psychologin Kate Pickett empirische Evidenz dafür gesammelt, dass große soziale Ungleichheiten innerhalb eines Landes zu einem signifikanten Anstieg von gesundheitlichen und sozialen Problemen führen können. Ungleiche Gesellschaften bewirken für alle ihre Mitglieder eine geringere Lebenserwartung, vermehrte psychische Erkrankungen und Drogenkonsum oder häufigere Fettleibigkeit. Aber auch Ungleichheiten in der Bildungsbeteiligung und schlechtere schulische Leistungen sind damit einhergehende Folgen. Schließlich gibt es in ungleichen Gesellschaften eine signifikant höhere Rate an Verbrechen und Tötungsdelikten.“*

Wenn Europa auf eine längere Periode der wirtschaftlichen Schwäche zugeht und überdies die Finanzierung des Wohlstandes über Verschuldung nicht mehr möglich ist, dann geraten parallel zu den Arbeitsplätzen und zur Wirtschaftsleistung auch die sozialen Netze unter Druck. Diese Entwicklung verstärkt aber die Ungleichheiten. So könnte auch in Europa Bildung bald (wieder) ein Privileg wohlhabender Schichten werden, weil die für alle zugänglichen Bildungseinrichtungen unterfinanziert und in der Qualität mangelhaft werden: *„Das Bildungssystem wird nicht mehr den Output liefern, der benötigt wird, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Wer etwas werden will, muss dann im Ausland oder an teuren Privatschulen studieren.“*

Im Gesundheitssystem ist schon jetzt die Spar-Debatte unmerklich gekippt: Wurde früher ausschließlich über Effizienz oder die Verteilung von Kosten gestritten (zwischen Bund und Ländern; zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer; etc.), so kommen jetzt immer öfter Vorschläge auf die Tagesordnung, wie der Zugang zu Gesundheitsleistungen als solcher

reglementiert werden kann: kleinere Spitäler sollen in Erstversorgungszentren umgewandelt werden, Operationen mithilfe von Wartelisten kontingentiert werden. Schon ist auch davon die Rede, dass Patienten nicht mehr einfach zum Facharzt gehen, sondern die Entscheidung des Hausarztes dafür brauchen, damit möglichst viele Kranke die jeweils billigste, für sie gerade noch nötige Leistung in Anspruch nehmen. *„Immer mehr solcher Tabus werden fallen“,* heißt es in der Arena Analyse, *„es wird immer mehr Einschnitte auch bei den Leistungskatalogen geben. Nicht mehr alle Leistungen, die ein Patient wirklich benötigt, wenn er schwer erkrankt ist, werden bezahlbar sein.“*

Und selbstverständlich darf der Kampf gegen die Armut nicht nur im eigenem Land geführt werden. *„Die weltweite Armut und die daraus entstehende Dringlichkeit der weltweiten Armutsbekämpfung sind viel zu wenig Thema in den Medien und aufgrund der Krise schon lange nicht mehr auf der Tagesordnung der Politik. Wir sind aber auch verantwortlich für den Hunger auf der Welt.“* Dahinter steht nicht nur ein ethischer Imperativ, sondern auch simpler politischer Weitblick. Denn wenn die Ungleichheiten zwischen den Regionen nicht gemildert werden können, dann reagieren die Menschen mit Revolten, oder sie wandern einfach aus und importieren ihr Elend auf diese Weise in die Industriestaaten. *„Menschen in ärmeren Ländern brauchen Perspektiven und Zukunftschancen in ihrer Heimat, damit sie auf eigenen Beinen stehen können. Die weltweite Armutsbekämpfung ist eine gemeinsame Aufgabe aller Staaten. Ansonsten wird sich die erzwungene Migration – mit ihren schlimmsten Ausformungen wie Menschenhandel und moderne Formen der Ausbeutung und Sklaverei – weiter ausbreiten.“*

1.4. Verschiebung der geopolitischen Gewichte

Was macht eine Weltmacht aus? Die Bertelsmann-Stiftung hat dazu schon 2006 eine Studie erstellt, für die in neun Staaten auf unterschiedlichen Kontinenten jeweils 1000 Personen befragt wurden. Ergebnis: Weltmacht wird man vor allem durch ökonomische Stärke (52%), politische Stabilität (49%) und durch Leistungen in Bildung und Forschung (44%). Deutlich weniger wichtig ist anscheinend die Fähigkeit oder Bereitschaft, globale Ordnungsfunktionen zu übernehmen (23%). Die hohe Bedeutung von Forschung und Bildung überrascht zunächst, weist aber auf einen Aspekt hin, der gern übersehen wird: Offenbar erwartet die Menschheit von einer Weltmacht eine geistige und technisch-innovative Führungsrolle. Es genügt nicht, Panzer und U-Boote zu haben, man muss auch Raumschiffe zum Mars schicken, Krankheiten heilen und die Geheimnisse der Quantenmechanik ergründen können, um als Mitglied der Elite anerkannt zu werden.

Interessant ist die Antwort auf die Frage, welche Staaten in diesem Sinne heute als Weltmächte gesehen werden und wer die Weltmächte

des Jahres 2020 sein werden. Zwar stehen in beiden Rankings die USA, China und Japan an der Spitze. Doch sehen 81% der Befragten die USA heute als Weltmacht, aber nur mehr 56% trauen ihr 2020 immer noch diese Rolle zu. Hingegen erhält China aktuell von 45% der Befragten das Attribut einer Weltmacht, wogegen deutlich mehr glauben, dass das Reich der Mitte 2020 eine solche sein wird, nämlich 55%. Bei aller Vorsicht in der Interpretation derartiger Daten lässt sich hier ablesen: Weltweit gehen die Menschen davon aus, dass im nächsten Jahrzehnt die Vorherrschaft „des Westens“, allen voran der USA, merklich abnehmen wird.

Der Aufstieg Chinas (siehe unten) wird dabei eher als Auslöser für insgesamt deutlich komplexere Veränderungen gesehen. Als Gewinner der gegenwärtigen Finanzkrise könnte China die Speerspitze sein, die erstmals der Macht der USA etwas Gleichwertiges entgegenhalten kann. *„Eine unangefochtene Vormachtstellung Chinas werden jedoch andere ebenfalls aufstrebende Mächte nicht einfach akzeptieren, das betrifft vor allem Indien und Japan, aber auch Brasilien. Das Ergebnis könnte eine multipolare Weltordnung sein.“*

Der Abend des Abendlandes

Das kommende Jahrzehnt wird nach Meinung vieler Teilnehmer der Arena Analyse *„das Ende der westlichen Hegemonie“* erleben. Diese Vorhersagen gründen sich zum einen auf das schon jetzt sichtbar veränderte Auftreten von Ländern wie China und Indien in internationalen Gremien sowie deren Politik der Vorherrschaft in ihren jeweiligen Regionen. Sie ziehen aber auch die unterschiedliche wirtschaftliche Dynamik ins Kalkül: *„Europa scheint für die hohe Dynamik in allen Lebensbereichen Asiens kein Bewusstsein zu haben. Damit verschläft Europa jede Chance, sich strategisch für die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte aufzustellen.“* Zwar darf die Entwicklung der letzten Jahre nicht übertrieben gesehen und auch nicht unreflektiert auf die Zukunft projiziert werden – schließlich wurde schon zweimal in der jüngeren Vergangenheit fälschlich prophezeit, dass der Westen von den „asiatischen Tigern“ verschlungen wird – einmal war es der Aufstieg Japans zum führenden Auto- und Elektronikproduzenten in den 1980er Jahren, das andere Mal das Wirtschaftswunder in Ländern wie Taiwan, Südkorea und Singapur. Dennoch befindet sich Europa im internationalen Umfeld auf einem gefährlichen Weg. *„Europas Selbstbild lautet derzeit: Wir sind der Wohlstandskontinent, während Asien produziert und Afrika die Rohstoffe liefert. Das wird nicht funktionieren, wir müssen unsere sozioökonomische Position in der Welt neu definieren.“*

Europa und die USA werden den bevorstehenden geopolitischen Wandel vor allem als Abstieg erleben. Dabei darf nicht übersehen werden, dass immer noch viele Länder offene Rechnungen mit den Europäern (aus der Zeit des Kolonialismus) und den USA (aus der Zeit des Kalten Krieges und aus den zwei Jahrzehnten des unilateralen Weltpolizistentums)

begleichen wollen. *„Der Westen leidet am geschichtlichen Erbe Europas. Das europäisch-amerikanische Demokratiemodell war in Afrika und Asien über weite Teile ineffizient. Der westliche Kapitalismus hat zu Wohlstand geführt, aber auch zu extremen Ungleichgewichten.“*

Wenn der Westen in seiner Bedeutung schwindet, werden daher vor allem in Afrika vorkoloniale Kräfte neu erstehen – autoritäre Regime, bisher unterdrückte Kultur- und Gesellschaftsstrukturen inklusive der damit einher gehenden regionalen ethnischen Konflikte. In Europa und im Westen Asiens wiederum drohen Spannungen, die ohne die entschlossene Gegenwart einer zumindest politischen Großmacht großes Gefahrenpotenzial entfalten können. So werden durch die Hegemonialbestrebungen der Türkei neue Spannungen im Nahen Osten entstehen, der durch den arabischen Frühling ohnehin schon gefährlich aufgeheizt ist. Auch die Zukunft des Balkans, vor allem in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo, ist noch lange nicht geklärt. Schließlich darf auch nicht übersehen werden, dass der zentralasiatische Raum einschließlich Iran eine weitgehend instabile Region darstellt: *„Viel zu wenig beachtet ist die Möglichkeit eines zentralasiatischen Frühlings mit Aufständen gegen die Diktaturen im Iran, in Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan.“*

Noch dramatischer könnte ein Zusammenbruch Nordkoreas vor sich gehen. Das Land scheint derzeit zwar politisch stabil, steht aber wirtschaftlich am Rande des Zusammenbruchs. Beobachter stehen deshalb vor dem Dilemma, dass ein Aufrechterhalten des Status quo auf Dauer äußerst unwahrscheinlich ist, dass es aber umgekehrt kaum ein realistisches Zukunftsszenario für einen Übergang gibt, das nicht mit enormen Risiken behaftet wäre: *„Eine Wiedervereinigung mit Südkorea ist nicht nur ein Szenario, das den Chinesen nicht gefällt. Es brächte auch wirtschaftliche Probleme für den Süden, gegen die alle Probleme bei der Wiedervereinigung Deutschlands harmlos aussehen.“* Ein mögliches anders Szenario bestünde im autonomen Wandel nach dem Vorbild Chinas zu einem autokratischen Kapitalismus. Mangels marktwirtschaftlicher Tradition müsste so eine neue Wirtschaftsordnung aber von ausländischem Kapital und anfangs auch von ausländischem Know-how getragen werden und würde allein dadurch das bestehende Regime destabilisieren. Andere Szenarien könnten in einer Annexion durch China bestehen, oder aber im chaotischen Kollaps, wo dann ähnlich wie im Irak oder in Afghanistan eine internationale Ordnungsmacht die Kontrolle übernimmt.

Was kann Europa gegen den drohenden Abstieg tun? Neben der Intensivierung des „Projekts Union“ (siehe Kapitel 2.3.) geht es vor allem um Investitionen in neues Wachstum. *„Nur aus der Position der wirtschaftlichen Stärke kann Europa beanspruchen, in der künftigen multipolaren Welt eine führende Rolle einzunehmen.“*

Der Aufstieg Chinas

Schon in der Arena Analyse des Jahres 2006 wurde die künftige Rolle Chinas als wichtiges kommendes Issue benannt. Dass dieses Thema jetzt neue Aktualität erlangt, liegt vor allem an den allgemeinen Erwartungen einer Wirtschaftskrise. Da China, vereinfacht gesagt, einer der großen Gläubiger der westlichen Schuldnerländer ist, wird das Reich der Mitte *„wahrscheinlich der Hauptprofiteur der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise sein.“* Selbst wenn die Rezession weniger dramatisch ausfallen sollte, wenn Europa und die USA in den nächsten Jahren ein moderates Wirtschaftswachstum erzielen können; selbst wenn der überhitzte Boom in China nicht anhält und die Wachstumsraten zurückgehen – selbst dann reicht die Dynamik aus, damit *„China die USA überholt und in wenigen Jahren zur Wirtschaftsweltmacht Nummer eins wird.“*

Damit wird sich das weltpolitische Epizentrum noch viel deutlicher als heute nach Südostasien verlagern. China als Großmacht in der internationalen Wirtschaft und in internationalen politischen Gremien wird aber auch sein Wertesystem stärker in die Waagschale werfen.

„Das internationale Rechts-, Wirtschafts-, und Finanzsystem ist kulturell stark europäisch geprägt. In Zukunft wird Asien mit neuem Selbstbewusstsein neue Haltungen einfordern. Zum Beispiel eine für Europa inakzeptable Sicht der Menschenrechte, wo die stabile, harmonische Gesellschaft vor individuellen Freiheitsrechten geht. Oder auch eine andere Auffassung vom Urheberrecht, die den Anspruch auf dauerhafte Verwertung einer einmal getätigten Leistung nicht kennt.“

Unter dem Druck der wirtschaftlichen Notwendigkeit werden die OECD-Länder ihre bis heute erarbeiteten Prinzipien und Vertragswerke einfach über Bord werfen, vermutet ein Teilnehmer der Arena Analyse. *„Europäische und US-amerikanische Unternehmen werden froh sein, wenn sie Zugang auf den chinesischen Markt finden werden und dementsprechend rasch bereit sein, bislang gültige Richtlinien bezüglich Fairness, Nachhaltigkeit und ähnlichem ad acta zu legen.“*

Radikal zu Ende gedacht, könnte diese Entwicklung bedeuten, dass die amerikanisch-europäische Demokratie als Leitkultur abgelöst wird und der autokratische Kapitalismus chinesischer Prägung zum weltweiten Vorbild wird. Für die internationalen Handelsbeziehungen könnte das im schlimmsten Fall bedeuten: *„Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein, Menschenrechte und Sozialstandards werden zu Nebenschauplätzen für Gutmenschen. Vielleicht wird man in Europa weiter auf deren Einhaltung pochen, doch das Entwicklungsmodell für alle jene Wirtschaften, die außerhalb der OECD sind, wird sich sicherlich nicht mehr an westlichen Werten und Prinzipien orientieren.“*

Der Aufstieg Chinas zur Weltmacht wird auch viele derzeit regionale Konflikte zu international wichtigen Themen machen – so wie in Zeiten des Kalten Kriegs auch beispielsweise der Einmarsch von US-Marines auf

der kleinen Karibikinsel Grenada oder der Bürgerkrieg in Nicaragua weltpolitische Dimensionen erhielten. China ist in zahlreiche solche Konflikte verwickelt, zum Beispiel tobt ein Streit um zwei Inselgruppen im Südchinesischen Meer (Spratly-Inseln und Paracelsus-Inseln), die von China, Taiwan, Vietnam und teilweise von Malaysia und den Philippinen beansprucht werden. Spannungen gibt es auch mit Vietnam, mit Südkorea, vor allem aber mit Indien. *„Die Großmachtpolitik zwischen China und Indien wird derzeit in Europa völlig unterschätzt.“*

In der Praxis ist das Verhältnis der beiden Staaten einigermaßen kompliziert. Beide verfolgen hegemoniale Ziele, tun dies aber mit dem Blick auf die innere Entwicklung. Politisch sind sie viel stärker nach innen fokussiert, als das die Großmacht-Gesten nach außen vermuten lassen. Zudem steht in beiden Staaten die Wirtschaft im Vordergrund. Dies führt dazu, dass beispielsweise der bilaterale Handel rasant zunimmt. Sogar eine Verlängerung der Tibet-Eisenbahn bis nach Indien ist im Gespräch.

Parallel dazu gibt es zahlreiche Konfliktfelder. So fühlt sich Indien für die Kontrolle der Verkehrswege im Indischen Ozean zuständig, vor allem in der dicht befahrenen und von Piraten stark heimgesuchten Straße von Malakka. Genau zu demselben Zweck soll China aber Stützpunkte an der Küste Burmas betreiben. Konfliktreich gestaltet sich auch die Nutzung der Wasserkraft. Indien wälzt große Pläne, die den Oberlauf von Ganges und Brahmaputra betreffen, China plant ebenfalls die Umleitung des Wassers von Himalaya-Gletschern, die den Brahmaputra speisen. Die beiden Großmächte sind also dabei, einander buchstäblich das Wasser abzugraben – ganz zu schweigen von den ökologisch negativen Folgen für die Unterläufe dieser Flüsse, von denen in diesem Fall vor allem Bangladesh betroffen wäre, das umgekehrt von der gewonnenen Energie nicht einmal profitiert. Die Folge könnte wieder einmal Migration sein – diesmal aus dem Süden in den Norden des indischen Subkontinents.

2. Wege zur Resilienz

Die Teilnehmer der Arena Analyse 2012 wurden nicht nur nach den wichtigen Themen der nächsten Zeit, also nach unterschätzten oder allenfalls übersehenen Issues gefragt, sondern auch nach Szenarien und möglichen Gegenstrategien. Was wäre denn nötig, um den im ersten Kapitel erkannten Gefahren entgegen zu treten? Oder, um auf die bereits in der Einleitung formulierte Fragestellung zurückzugreifen: Was muss geschehen, damit unsere Gesellschaft resilient, also widerstandsfähig gegenüber belastenden Situationen wird?

Einer der Beiträge formuliert diese Herausforderung sogar universell: *„Wie können die 194 Staaten der Erde ein menschenwürdiges Leben für zehn Milliarden Bürger organisieren? Diese Aufgabe verlangt globale Entscheidungen – nicht Politik, sondern Kosmopolitik.“*

Wer sich möglichen Lösungen annähert, stellt schnell fest, dass es dazu nicht genügt, die Probleme einzeln zu Ende zu denken. Sehr bald wird vielmehr klar, dass *„alles mit allem zusammenhängt“*. Am Beispiel der Migration wurde bereits auf die vielfältigen Interdependenzen zwischen den großen Problemfeldern hingewiesen. Gerade zu diesen wechselseitigen Schnittstellen gibt es aber noch zuwenig Forschung. *„Der Blick aufs Ganze fehlt“*, bemerkt dazu ein Teilnehmer und sieht darin eine zusätzliche Gefahr: *„Maßnahmen in einem Bereich können negative Folgen in einem anderen Problemfeld haben. Ohne ausreichendes Wissen um die Zusammenhänge besteht immer die Möglichkeit, dass gut gemeinte Gegenmaßnahmen ihrerseits zu neuen Verwerfungen führen.“*

Angesichts dieser unsicheren Ausgangslage wird es auch für Entscheidungsträger immer schwieriger, ihre Aufgaben zu bewältigen. *„Leadership war früher durch Informationsvorsprung legitimiert. Dieser Vorsprung fällt in vielen Fragen jetzt weg.“* Nötig ist daher ein neues Rollenverständnis für den Leader: *„Er wird zum Moderator von Entscheidungen und ist nicht mehr einer, der Lösungswege verordnet. Die Entscheidungen fallen in derselben Richtung, die auch die Informationen nehmen, nämlich nicht mehr top down, sondern bottom up.“*

2.1. Neue geistige Grundlagen

Der Weg zu einer höheren Resilienz der europäischen Gesellschaft erfordert auch ein Umdenken. Viele Prinzipien des westlichen Wertesystems müssen auf ihre Haltbarkeit überprüft werden. Das betrifft auch das Prinzip des Wohlstands selbst. Schon die griechischen Philosophen wetteiferten im Nachdenken darüber, worin ein gutes Leben eigentlich besteht. Ganz in dieser Tradition werfen auch mehrere Beiträge zur Arena Analyse die Frage auf: *„Was bedeutet Wohlstand in einer konsumorientierten und*

-abhängigen Gesellschaft?“

Die Frage kreist vor allem um die Idee, dass wichtige Aspekte der Lebensqualität vernachlässigt bleiben, wenn der Erfolg eines Landes oder einer Region nur am Wirtschaftswachstum festgemacht wird. Viele Schwellenländer weisen ein (mintunter sogar um ein Vielfaches) höheres BIP-Wachstum auf, dennoch würden wohl nur wenige Europäer behaupten, dass es sich dort besser lebt. Gleichzeitig wäre es naiv, die Bedeutung von hohem Einkommen und wirtschaftlicher Prosperität zu leugnen und gewissermaßen das Modell der „fröhlichen Bescheidenheit“ zu propagieren. Woran nach Auffassung der Arena-Analyse-Teilnehmer gearbeitet werden muss: *„Brauchen wir Steuerungsgrößen jenseits des BIP, mit denen die Qualität des Lebens in einem Staat gemessen werden können?“* – *„Es wird Zeit, die Erfolge der europäischen Demokratie stärker auf eine soziokulturelle Wachstumsqualität als auf wirtschaftliches Wachstum allein zu begründen.“*

Eine solche „Redefinition der sozialen Marktwirtschaft“ erfordert ein Konzept, *„in dem globalisierte Weltwirtschaft, Finanzmärkte, Arbeitskonditionen (Löhne), soziale Ausgaben und Haushaltskonsolidierung in ein neues Gleichgewicht gebracht werden“*. Das Gleichgewicht ist das hier entscheidende Kriterium. Es geht darum, neue Checks and Balances zu finden, die mehr Variablen in den Prozess des gesellschaftlichen Ausgleichs einbringen als nur – wie das bisher in der historisch verdienstvollen Sozialpartnerschaft der Fall war – die Interessen der Wirtschaft und die der Beschäftigten.

Die Debatte über eine neue Sinnorientierung muss aktiv eingefordert werden, weil sie sonst von den aktuellen Anforderungen der ökonomischen und budgetären Drucksituation überlagert wird. Das bestehende System wird als durchaus fähig eingestuft, sich nach den alten Mustern wieder zu stabilisieren. Das ist aber nur bedingt wünschenswert, denn eine solche Lösung wäre nur temporär, *„die aktuellen Muster werden rasch wieder in krisenhafte Zustände führen“*.

Worin die kopernikanische Wende genau bestehen müsste, die zu einem nachhaltigen Wandel führen kann, lässt sich bisher nur in Ansätzen festmachen, wichtige Eckpunkte einer künftigen veränderten Weltsicht zeichnen sich aber bereits ab: *„Identität, Beziehungsfähigkeit, Signalresonanz (frühzeitig leise Signale erkennen) und Komplexitätstoleranz werden Schlüsselkompetenzen, um in der Welt von morgen entscheidungs- und handlungsfähig zu bleiben.“* Die Signale sind insgesamt aber noch widersprüchlich. So ist ein Teilnehmer überzeugt: *„Die dogmatische Regentschaft des naturwissenschaftlichen Paradigmas geht zu Ende.“* Ein anderer dagegen erwartet im Gegenteil nennenswerte Beiträge der Wissenschaft zur Entwicklung von neuen Modellen, konkret *„differenzierte Szenarien, Bilder und Modelle, wie sich die großen Trends wie z. B. die Alterung der Gesellschaft in Europa, der Klimawandel oder die Energie- und Ressourcenverknappung konkret auf das Leben der einzelnen Menschen, die Gesellschaft und die Wirtschaft auswirken werden.“*

Von zentraler Bedeutung scheint der richtige Umgang mit den gegenwärtigen Unsicherheiten zu sein: *„Zukunftsthemen müssen differenziert und konkret diskutiert werden. In den letzten Jahren war bei allen großen Zukunftsthemen ein Mangel an Hermeneutik festzustellen. Die Themen werden in den Medien und von der Politik zwar thematisiert, aber nicht so, dass sie auch verstanden werden können.“*

Als Folge davon *„macht sich das Gefühl einer großen Hilflosigkeit breit. Ziel müsste es sein, aufzuzeigen, wie die einzelnen Gesellschaftsbereiche nach Anpassung an die verschiedenen Trends und Entwicklungen aussehen und funktionieren könnten. Ein einfaches Beispiel: jeder möchte so mobil wie möglich sein, es gibt aber wenig Vorstellung davon, wie eine Gesellschaft klimaschonend und nachhaltig mobil sein kann.“*

Gegenkonzepte gibt es noch am ehesten im kleinen Maßstab. So zeigen kleinere Kommunen, dass die Ideen der Solidarität und fairen Lastenverteilung ohne komplizierte Regulierungen funktionieren können – die gerade in Österreich sehr verbreitete Arbeit in Freiwilligenvereinen (von der Feuerwehr über die Rettung bis zu Kulturinitiativen) wird hier als Beispiel genannt.

2.2. Die Zukunft der Jugend

Der neue Generationenkonflikt

Was für eine Welt hinterlassen wir der nächsten Generation? In den Industriestaaten fällt die Bilanz paradox aus: Zum einen liegt hinter uns eine Periode des Wachstums, der hohen Einkommen und des Vermögensaufbaus – weshalb die Jugend von heute in den Medien auch schon wiederholt als „Generation der Erben“ apostrophiert worden ist. Zugleich aber spricht vieles dafür, dass wir den Zenit dieser Entwicklung erreicht haben, sodass unsere Nachfolger zwar ein gemachtes Nest vorfinden, zugleich aber die Aussicht, dass es nicht mehr weiter aufwärts geht. *„Seit den Jahren des Aufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg haben wir in der westlichen Welt die implizite Wahrnehmung, dass es der nächsten Generation besser gehen wird, als der gerade im Erwerbsleben stehenden. Trotz verschiedener Krisen in den letzten Jahrzehnten war unter dem Strich eine kontinuierliche materielle Aufwärtsbewegung feststellbar. Aus heutiger Sicht können wir dieses Versprechen der nächsten Generation so nicht mehr geben. Die westliche Welt wird jedenfalls im Verhältnis zu anderen Regionen an Bedeutung verlieren, möglicherweise aber auch in absoluten Zahlen in der nächsten Generation materiell gesehen ärmer sein als heute.“*

Damit gewinnt auch der Generationenkonflikt eine zusätzliche Dimension: *„Es ist nicht absehbar, zu welchen Entladungen die von der jungen Generation wahrgenommene Benachteiligung führen kann. Jedenfalls wird es zu Verwerfungen in der Gesellschaftsordnung kommen. Der Konflikt zwischen Alt – Jung wird sich zuspitzen.“*

Die fehlende Entwicklungsmöglichkeit könnte zum Problem einer

ganzen Generation werden, denn: *„Eine gute Perspektive ist entwicklungspsychologisch oft mehr wert als ein Leben ohne Sorgen. Es muss gelingen, gute Perspektiven glaubhaft zu vermitteln.“*

Die Aussichten dafür stehen in Europa immer schlechter. *„Seit dem Finanzcrash steigt die Jugendarbeitslosigkeit. In Griechenland, Irland und den baltischen Ländern klettert sie auf über 30 %, in Spanien ist mittlerweile nahezu jeder zweite Jugendliche arbeitslos; insgesamt weisen elf von 27 Mitgliedsländern der EU eine Jugendarbeitslosenquote von mehr als 25 % auf, 2007 war dies noch in keinem einzigen Land der Fall.“* Auch in Österreich gibt es 100.000 Jugendliche zwischen 15 und 25, die weder einen Job haben noch in Ausbildung stehen.

Bildung und Ausbildung

Wie sieht die Zukunft für Gruppen der Gesellschaft aus, die von vornherein im Bewusstsein leben, keine Chance auf ausreichende Partizipation an der etablierten Gesellschaft zu haben? Die nie für sich eine plausible Vision des persönlichen Aufstiegs entwickeln konnten? Wie können sie aus der Abwärtsspirale geholt werden? *„Plausible Szenarien reichen von einer zunehmenden Verdampfung, einem Rückzug aus dem sozialen und politischen Leben und dem Entstehen von Parallelwelten bis hin zu einem explosiven Gemisch aus Chancenlosigkeit, unzureichenden Konfliktlösungsstrategien und Gewaltverherrlichung.“*

Die vielleicht wichtigsten Instrumente zum Gegensteuern sind Bildung und Ausbildung. *„Obgleich in den Medien viel über Bildung berichtet und diskutiert wird, so wurde trotzdem noch nicht ausreichend erkannt, dass dies das entscheidende Thema der nächsten Jahre sein muss.“*

Positive Erfahrungen mit einzelnen Initiativen zeigen, dass hier viel Kreativität und Mut zu neuen Methoden gefragt sind. So wurde in Dornbirn ein ungewöhnliches Projekt ins Leben gerufen, als den Mitarbeitern eines Jugendzentrums die Dramatik der Situation durch den Satz eines 16-Jährigen vor Augen gehalten wurde: *„Ich hab keinen Lehrabschluss, mein Leben ist sowieso gelaufen.“* Das Gefühl, bereits vor dem eigentlichen Start gescheitert, aus dem System gefallen zu sein, ist unter Jugendlichen weit verbreitet. Die Reaktion der Vorarlberger bestand darin, dass *„die offene Jugendarbeit das machte, was in ihrem Namen steht: Sie öffnete sich. Seither gibt es Hauptschulabschlusskurse auf der Straße und Hilfe bei der Lehre.“*

Andere Beispiele: *„Das Projekt 'c'mon 14' oder 'move on' in Wien geht in die Schulen und bietet Hilfe an, wenn es nicht mehr geht. In Oberösterreich begleitet die Schulassistentin in 237 Schulen einzelne Kinder und Jugendliche im Alltag, hilft beim Lernen und bei Problemen aller Art. Diese Beispiele stellen niedrigschwellige Angebote dar, also Unterstützung ohne Hürden, lebensnah, flexibel, unbürokratisch. In Österreich gibt es davon viel zu wenig.“*

Das Problem der Drop-outs steht dabei naturgemäß im Mittelpunkt.

Neuere Forschung zeigt, dass die Probleme zum Teil auch bei den Schulen liegen, genauer bei den Unzulänglichkeiten der Schulorganisation. Ein Arena-Analyse-Beitrag zitiert die Bildungswissenschaftlerin Erna Nairz-Wirth von der Wirtschaftsuniversität Wien. *„Nairz-Wirth unterscheidet drei Felder: den schulinternen Bereich, den Bereich außerhalb der Schule und das systemische Feld dazwischen. Risikofaktoren schulintern sind zu große Lerngruppen, mangelnde pädagogische Kooperation oder nicht vorhandenes Mentoring. Systemisch steigt das Risiko mit dem Fehlen von ganztägigen Schulformen, dem System des Sitzenbleibens oder mangelnder vorschulischer Angebote. Und außerschulisch läuft es falsch, wenn es keine Elternarbeit gibt, keine Öffnung zur Schulumgebung, zum Stadtteil oder keine Kooperation mit der offenen Jugendarbeit.“*

Doch wäre es falsch, Bildungsprobleme nur auf den Bereich mangelnder Qualifikation oder der Drop-outs zu beschränken. *„Angesichts der rasch fortschreitenden Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft zu Smart Economies und Smart Societies wird Bildung immer stärker zum Sozialgradient.“* Durch das Internet sind Informationen weltweit umfassend zugänglich, doch die Kompetenz, diese Informationen auch zu nutzen, ist ungleich verteilt. Das heißt, dass die Gesellschaft auseinanderfällt in eine Bildungselite, die Zugang zu Informationen und Ressourcen hat und in eine Unterschicht, die mangels Bildung nur bedingt partizipieren kann. Diese an sich immer schon bestehende Trennung wird durch das Entstehen der Informationsgesellschaft nicht konterkariert, sondern paradoxerweise verstärkt. Dazu kommt, dass in Zeiten knapper Budgets auch der Zugang zur Bildung von wachsender Ungleichheit gekennzeichnet ist: Kaufkräftigeren Gruppen stehen internationale Elite-Einrichtungen offen, die allgemein zugänglichen Bildungsinstitutionen bleiben qualitativ zurück. *„Die kommenden Jahre werden die Entwicklung einer globalisierten Bildungselite erleben, denen trotz Krisen und Rezessionen wirtschaftlicher Erfolg beschieden sein wird, während eine mindestens ebenso große Gruppe ohne adäquate Ausbildung dasteht.“*

Der Zusammenhang zwischen Bildung und Jobchancen ist empirisch evident. *„In Österreich – dem Land mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit Europas – sind derzeit von 100 Personen, die nur Pflichtschulabschluss besitzen, 18 arbeitslos. Von 100 Personen mit Lehrabschluss oder Matura sind es nur etwa fünf. Von 100 mit Hochschulbildung statistisch nur 2½.“* Besonders erschreckend daran ist die Entwicklung dieses Verhältnisses in den letzten 20 Jahren. *„Während die Arbeitslosenquoten von Personen mit Lehre, Matura oder Studium in etwa gleich geblieben sind, hat sie sich bei Personen mit nur Pflichtschule im gleichen Zeitraum fast verdoppelt. Was soll man von einem Schulsystem halten, das junge Menschen mit einem so niedrigen Abschluss in die Welt entlässt, dass später beinahe jeder Fünfte davon unter Arbeitslosigkeit leidet?“*

In Österreich lässt sich auch das Bestehen von bildungsdefinierten

sozialen Klassen empirisch besonders deutlich nachweisen. Seit mehr als 30 Jahren bereitet das Phänomen der „Vererbbarkeit von Bildungsabschlüssen“ den Experten Kopfzerbrechen: *„Für ein wohlhabendes Land ist es einfach unwürdig, dass die Kinder von Nur-Pflichtschul-Eltern zu mehr als 30 % ebenfalls nur die Pflichtschule absolvieren, während die Kinder von Akademiker-Eltern zu mehr als 90 % ein Studium absolvieren. Der Bildungsgrad der Eltern ist ein verlässlicher Indikator, um den späteren Bildungsweg der Kinder vorherzusagen – allen Versuchen der Öffnung zum Trotz.“*

Die Defizite im Bildungssystem führen also zu Ungerechtigkeiten zwischen den Generationen und zementieren bestehende soziale Ungleichheiten. Sie bedrohen überdies die Wettbewerbsfähigkeit des Landes, denn *„Österreichs Wirtschaft braucht Hochqualifizierte“*. Was von der Politik hier über die Förderung des Bildungssystems hinaus gefordert wird, ist die Schaffung von Top-Level-Bildungs- und Forschungseinrichtungen, um einem „Brain Drain“ vorzubeugen. *„Allzu oft verlassen hochbegabte Menschen das Land, weil sie adäquatere Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten im Ausland finden. Von manchen politischen Vertretern gibt es Mentalreservierungen gegen (Hoch)Begabtenförderung, weil für diese der Elitebegriff mit einem faschistoiden Nimbus behaftet ist. Begabungen sind vielfältig – deren individuelle Förderung würde massive Änderungen im Bildungssystem bedingen.“*

2.3. Österreich, Europa und die Welt

Europa in der Sinnkrise

„Europa muss sich neu erfinden“ – diese Feststellung aus einem der Arena-Analyse-Beiträge wird kaum jemand bestreiten, der sich mit dem Zustand der Union am Beginn des Jahres 2012 befasst. In welche Richtung die Erneuerung aber gehen soll, ist weniger klar. Stärkere Integration bis hin zum Bundesstaat? Rasche Integration eines Kerneuropas unter Zurücklassen aller, die nicht mitziehen wollen? Oder umgekehrt ein Wiedererstarken der nationalen Souveränität, um eine Vielfalt an Anti-Krisenstrategien zuzulassen, wie sie der Vielfalt der diversen europäischen Gesellschaften entsprechen?

Diese unterschiedlichen Antworten werden nicht so schnell zum Konsens gebracht werden. Vielmehr markieren sie die Spannungsfelder der großen Systemdebatte der nächsten Jahre. *„Nach Überwindung der vordergründigsten Symptome dieses Spannungsfeldes, allen voran der Schuldenkrise, dürfte ein Konflikt zwischen jenen Kräften einsetzen, die als Schluss aus der gegenwärtigen Krise eine weitere Vertiefung der EU anstreben, und jenen, die einer tendenziellen Renationalisierung das Wort reden.“*

So wurde auch im Rahmen der Beiträge zur Arena Analyse die Option eines Abgehens von der gemeinsamen Währung zur Sprache gebracht. Zitat: *„Die Diskussion über Alternativen zum Euro ist noch mit einem Tabu*

belegt, eine offene Debatte gilt als politisch inkorrekt. Man befürchtet, ein Plädoyer gegen den Euro könnte als nationalistisch oder chauvinistisch dargestellt werden, und deshalb wagt sich bisher noch keine Wirtschaftsredaktion und kein namhafter Ökonom aus der Deckung. Unbedingt ernsthaft erörtert werden sollte aber die Variante ‚Nordeuro‘: Deutschland, Österreich, die Niederlande und Liechtenstein treten aus dem Euro aus und bilden eine eigene Gemeinschaftswährung. Dadurch hätten die verbleibenden Länder wieder eine Wachstumschance, die sie heute nicht mehr haben. Alle diese Länder (jedenfalls aber Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Belgien und Frankreich) haben inzwischen an Wettbewerbsfähigkeit verloren, weil der Euro für sie zu stark ist. Mit dem Austritt müssten die ‚Nordländer‘ ein zwar teures Austrittsticket lösen, könnten aber dann wieder auf eine Währung setzen, die ihren Erfahrungen und Neigungen entspricht, mit einer unabhängigen Zentralbank, weniger Inflation, allerdings auch höherem Aufwertungsdruck auf ihre Exportwirtschaft.“

Dagegen sehen andere im möglichen Scheitern der gemeinsamen Währung eine der größten Bedrohungen, mit denen die EU in den nächsten Jahren fertig werden muss. „Die Dramatik und vor allem die Gefährlichkeit eines Scheiterns bzw. eines Rückfalls der EU in eine Dominanz rein einzelstaatlicher Interessen kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Folgen eines Euro-Scheiterns wären desaströs: Re-Nationalisierung; Einbrüche bei heute erreichten Standards in Sachen Demokratie, Rechtsstaat, Offene Gesellschaft, Grundrechte – man bedenke nur die Entwicklung in Ungarn! Sogar die Gefahr der Reaktivierung überholt geglaubter nationalistisch-historischer Konflikte muss gesehen werden.“

Aus dieser Sicht ist eines der großen Themen der nahen Zukunft die Stärkung der Europäischen Union: „Ein starkes Europa braucht politische Leadership, rasche Entscheidungen, schlanke Strukturen – und kein Sammelsurium nationaler Partikularinteressen.“ Die einzelnen Mitgliedstaaten müssen aber auch bilateral die Zusammenarbeit intensivieren. „Die einzelnen EU-Regierungen müssen noch stärker kooperieren, um den Weg aus der Krise erfolgreich gehen zu können. Insbesondere braucht die EU eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, um wettbewerbsfähiger zu werden und um ihre gewichtige Rolle gegenüber anderen Wirtschaftsräumen auszubauen. In diesem Sinne müssen mehr Kompetenzen von den nationalen an die europäischen Aufsichtsbehörden verlagert werden.“

Denn derzeit leidet die EU unter einem Konstruktionsfehler: Der Widerspruch zwischen nationaler Souveränität und einheitlichem Vorgehen der Gemeinschaft wurde nie sinnvoll aufgelöst, er bleibt als Spannungsfeld bei jeder gemeinschaftlichen Entscheidung präsent und nimmt der EU-Politik viel an Wirksamkeit – ganz abgesehen davon, dass auch eine echte Demokratisierung der EU nicht möglich ist, solange Entscheidungen auf dem Umweg über die Regierungen der Mitgliedsstaaten legitimiert werden. Daher gilt: „Die Auflösung des Spannungsfeldes zwischen den Resten

nationaler Souveränität und einer wirksamen Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik der EU bildet die entscheidende Herausforderung der nächsten Jahre im europäischen Raum. Es hat sich gezeigt, dass mit den derzeit verfügbaren Instrumentarien im aktuellen Handlungsrahmen nicht das Auslangen zu finden ist, will sich die EU im globalisierten Wettbewerb mit den USA und Asien behaupten und zusätzlich ein gestaltender Faktor in den dynamischen Veränderungsprozessen werden, die im Maghreb und im Nahen und Mittleren Osten das Schicksal Europas entscheidend mitbestimmen.“ Die Hoffnungen, dass die EU durch den Lissabon-Vertrag auch außenpolitisch handlungsfähig werden könnte, haben sich bisher nicht erfüllt. „Die Erwartungen auf die Weiterentwicklung der GASP durch den Lissabon-Vertrag sind völlig ausgeblieben. In den Medien wurde kaum thematisiert, wie verheerend sich die totale Uneinigkeit innerhalb der EU in der Libyen- und Nahostpolitik (Stichwort Palästina in der Unesco) auf die globale Bedeutung Europas auswirkt.“

Was Europa braucht, um dem Dilemma zu entkommen, sind Investitionen in das europäische Bewusstsein. Derzeit passiert eher das Gegenteil: „Die derzeit herrschende EU-Skepsis liegt sicher zum Teil darin begründet, dass einzelne Medien und nationale Politiker, egal von welcher Couleur und welchem Land, gezielt Antipathie und Europafeindlichkeit schüren, mit Aussagen wie ‚die Pleite-Griechen, die unser Geld verschwenden‘, etc. Es liegt auch in der Verantwortung der Medien, die positiven Aspekte und Errungenschaften der Europäisierung und Globalisierung zu kommunizieren.“

Die Union muss von einem wirtschaftspolitischen Zweckverband zur identitätsstiftenden Gemeinschaft werden. „Wir sehen nun in der Krise, dass die Integration auf der Ebene der staatlichen Institutionen vorausgeeilt ist. Aber die politische Identität, die solidarische Belastbarkeit der Menschen, der individuellen EU-Bürger und Bürgerinnen über nationale Grenzen hinweg hinkt weit hinterher. Die Folge ist das gefährliche Dilemma: entweder gehen die Regierungen über die Bevölkerungen hinweg, um den Stand der Integration zu halten oder zu vertiefen (Stichwort ‚Economic government‘) – oder sie geben den stärker werdenden nationalistischen Populismen nach.“

Es gilt, über die aktuellen Fragen hinaus das Bewusstsein zu verankern, dass „die Europäische Union, trotz der derzeitigen krisenhaften Erscheinungen, ein Erfolgsmodell darstellt, welches für Frieden, Sicherheit und wirtschaftlichen Wohlstand steht. Gerade jetzt, im Zuge der Griechenland- und Euro-Krise, werden allzu sehr die negativen Aspekte der EU betont. Rivalitäten zwischen einzelnen EU-Mitgliedstaaten werden teilweise geschürt und von so manchen Medien die Rückkehr zu einer Stärkung der Nationalstaaten gefordert.“

Auf beiden Seiten sind relativ starke Kräfte am Werk – hier die Kämpfer für eine weitergehende Einigung Europas, dort die Verteidiger der einzelstaatlichen Souveränität und der einzelstaatlichen Interessen in jedem konkreten Einzelfall. Deshalb wird die Frage nach der Zukunft der EU zu einer der großen politischen Auseinandersetzungen der nächsten

Jahre werden. „Der Widerstreit zwischen integrativen und desintegrativen Elementen in der EU wird parlamentarisch, zunehmend aber auch außerparlamentarisch geführt werden. Eine breite Verständigung auf demokratischer Basis über die Ziele der europäischen Einigung und auch deren Finalität wäre genauso wichtig wie sie derzeit unwahrscheinlich erscheint. Die Diskussion darüber sollte und wird sich jedenfalls verstärken, noch bevor der Rauch des Feuers der Bewältigung der Finanzkrise sich vollständig verzogen hat, und diese Diskussion wird nicht nur mit diskursiven Mitteln, sondern auch unter Beteiligung der Straße geführt werden.“

Wenn es hingegen gelingt, die Europäische Union zu stärken, wenn Mitgliedstaaten stärker zusammenarbeiten, dann „besteht durchaus die Chance, dass Europa gestärkt aus der Krise hervor geht. Gerade jetzt, in einer Situation in der man sich der Gefahren und negativen Konsequenzen von unzureichenden Reformen und eines laxen Deficit-Spendings zunehmend bewusst wird, kann die Zustimmung zu notwendigen, wenn auch unbeliebten Reformen, auf eine breite Basis gestellt werden. Die Krise sollte genutzt werden, um mutige Schritte und klare Vorgaben zu setzen“.

Ein möglicher nächster Schritt der Integration könnte eine „europäische Wirtschaftsregierung“ sein. Mehrere Teilnehmer der Arena Analyse erwarten eine solche Institution, die entweder tatsächlich durch Verträge installiert wird, oder aber informell durch größere Abstimmung der Wirtschaftspolitik entsteht. Jedenfalls stehen Maßnahmen zur Sicherstellung einer gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik zur dauerhaften Absicherung des Euro – so seine Rettung gelingt – weit oben auf der Agenda: „Europa braucht eine echte europäische Wirtschaftsregierung, begleitet von einer einschneidenden Reduktion der Kompetenzen der EU-Mitgliedsstaaten.“ – „Die gegenwärtige Krise wird einen Integrationsschub für Europa mit sich bringen. Dabei wird irgendeine Form von europäischer Wirtschaftsregierung gebildet werden.“

Dabei zeichnen sich zwei Tendenzen in der EU-Kommission und im EU-Rat ab, nämlich dass die derzeitige, in der Praxis kaum tragfähige Struktur mit theoretisch 27 gleichberechtigten Entscheidern durch die Etablierung von informellen Führungsstrukturen überlagert wird. „Eine Führung mit 27 Kommissaren ist beim besten Managementwillen in der Praxis nicht mehr machbar, deshalb entstand eine Art von präsidentialer Führung durch den Präsidenten und einige Kommissare, die das Tempo vorgeben.“ Deshalb wird die Frage der Führung der Kommission „spätestens im Sommer und Herbst 2014 das beherrschende Thema werden, wenn dann die neue Kommission dem Europäischen Parlament vorgestellt wird. Anders als bisher wird es nicht nur um die Bestätigung und eventuell den Austausch von einzelnen Kommissaren gehen. Der Herbst 2014 wird zu einer Schlacht der Institutionen werden, wobei Parlament und Kommission meistens gegen den Rat kämpfen, der sie graduell entmachten will.“

Der Herbst 2014 gilt als Schlüsseltermin für einige der großen

Weichenstellungen in der EU. So dürfen danach laut Vertrag von Lissabon nur noch zwei Drittel der Mitgliedstaaten einen Kommissar stellen, falls sich nicht der Rat darüber hinwegsetzt. *„2014 wird es zu einer Schaffung von neuen Fakten kommen, die größer als manche Vertragsänderung sein werden, ohne dass die Verträge tatsächlich geändert werden.“*

Denn auch der Europäische Rat leidet unter Entscheidungsschwäche und einem Mangel an Durchsetzungskraft. Deutschland und Frankreich haben eine inoffizielle Führungsrolle übernommen, die freilich durch Querschüsse aus den anderen Mitgliedsländern stets in Frage gestellt wird. *„Die logische Konsequenz wird eine verstärkte Zusammenarbeit der Willigen sein, die auch von den Verträgen her möglich ist. Dann wird sich eine vertiefte Integration eines kleineren Europas manifestieren und den anderen Teil zurücklassen.“*

Denn genau das könnte die Folge einer stärkeren, radikal vorangetriebenen Integration sein: dass das eine oder andere derzeitige Mitgliedsland auf dem Weg verloren geht. Entweder, weil die Abgabe von Souveränität nicht mit dem nationalen Selbstverständnis in Einklang zu bringen ist, wie das im Fall von Großbritannien erwartet werden darf. Oder aber, weil nicht alle Staaten die Kriterien erfüllen können, die im Interesse der gemeinsamen Stabilität aufgestellt werden.

„Wir werden ein Europa der zwei Geschwindigkeiten haben, und das ist auch gut so“, schreibt ein Teilnehmer der Arena Analyse. Die Differenzierung in unterschiedlich stark integrierte Zonen ist an sich nichts Neues – schon heute gehören nicht alle EU-Mitglieder dem Schengen-Bund und nicht alle der Währungsunion an. Doch diese Unterschiede wurden bisher immer unausgesprochen als temporär aufgefasst, die Entwicklung wurde nur in eine Richtung gedacht. *„Dieses Dogma wird endgültig fallen. Der Ausschluss aus dem Euro ist eine reale Option geworden. Irgendwann in naher Zukunft wird es auch zu dem einen oder anderen Ausschluss aus dem Schengen Raum oder aus der Zusammenarbeit in anderen Politikbereichen kommen.“*

Die EU-Institutionen sollten diesen Selektionsprozess sogar gezielt beschleunigen, meint einer der befragten Experten: *„Wer das Commitment zum gemeinsamen Europa nicht einbringt, soll den Staatenbund verlassen und allenfalls eine Form der Assoziierung bekommen. Großbritannien ist ebenso ein Austritt nahe zu legen wie anderen Staaten, die nicht an gemeinsamen Lösungen mitwirken wollen. Mit dem Austausch diplomatischer Höflichkeiten lässt sich dieser Kontinent nicht zeitgemäß organisieren. Es wird ein hartes Ringen sein – am Ende müssen die Völker entscheiden, ob sie stärker zu einem europäischen Volk zusammen wachsen wollen.“*

Österreich im internationalen Wettbewerb

Österreich braucht eine Verwaltungsreform, Österreich braucht Investitionen in Bildung und Forschung, Österreich braucht eine strukturelle Reform des auf Pump finanzierten Sozialsystems – eine Aufzählung von altbekannten Warnungen, die sich noch verlängern ließe. Tausende Male wurden diese Reformen in politischen Debatten und in den Medien eingemahnt. Bei der Umsetzung gab es nur geringe Fortschritte. Es darf daher nicht verwundern, dass die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs im internationalen Vergleich als wichtiges Issue der nahen Zukunft identifiziert wurde, ist sie doch zugleich ein wichtiger Maßstab für die Resilienz eines Wirtschaftsraums: Wenn die Krise kommt, bleiben die Schwachen als erste auf der Strecke.

Der aktuelle Befund hinsichtlich der Attraktivität des Standortes fällt wenig zufriedenstellend aus: *„Selbstzufriedenheit und Mittelmaß haben den Anspruch der Leadership abgelöst.“* Die Liste der in der Arena Analyse aufgezählten unerledigten Hausaufgaben zur Absicherung der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit ist lang:

„An kurzfristigen Legislaturperioden orientierte und im Hinblick auf Wahlentscheidungen getroffene Fehlallokationen im Budget.“

„Ohne Rücksicht auf die Finanzierbarkeit werden Wahlzuckerln verteilt.“

„Migration wird als Bedrohung und nicht als Chance betrachtet. Österreich muss verstehen, dass zielgerichtete Einwanderung absolut positiv für das Land ist.“

„Politisch artikulationsstarke Gruppen, bzw. solche, die unter politischer Patronanz stehen, sichern sich die Allokation von Budgetmitteln – Pensionisten, staatsnahe Betriebe mit hohem Finanzierungsbedarf, Bundesländer. Auf der Strecke bleiben die Zukunftsanforderungen.“

„Budgetzuschüsse zu den Pensionen und zur ÖBB rauben den Spielraum für Investitionen in der Forschung und an den Universitäten.“

„Massive Unterdotierung von Forschung und Entwicklung; dahinter liegend ein eklatanter Mangel an Innovationskraft und Innovationsbereitschaft.“

„Kritisch ist vor allem die geringe Innovations- und Veränderungsfähigkeit der österreichischen Gesellschaft zu sehen. Davon wird aber das Tempo der Überwindung der Wirtschaftskrise einerseits und die Positionierung im Wettbewerb andererseits bestimmt werden.“

Die zentrale Rolle der Innovation für das Wachstum hat auch die OECD in ihrer „Innovation Strategy“ betont. Dort heißt es: „Innovation drives growth and helps address global social challenges. Action on innovation must be a priority for emerging from the crisis.“ (Innovation treibt das Wachstum voran und hilft, globale soziale Herausforderungen zu bewältigen. Maßnahmen im Hinblick auf Innovation müssen Priorität bei der Bewältigung der Krise haben.)

Österreichs Konkurrenten im internationalen Wettbewerb gehen jedenfalls diesen Weg. *„Die global innovativsten Länder wie z.B. die USA,*

Deutschland, die skandinavischen Staaten oder die Schweiz haben bereits seit längerem erkannt, dass der Weg zur Bewältigung der großen Herausforderungen der Menschheit über verstärkte Anstrengungen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation verläuft. Daher haben diese Länder auch und gerade in der Wirtschaftskrise ihre Zukunftsinvestitionen in F&E und Bildung massiv erhöht.“

In Österreich fehlt allerdings eine nicht unwesentliche Voraussetzung für die Investition in Bildung, Forschung und Innovation, nämlich der gesellschaftliche Konsens über deren Bedeutung. Immer wieder zeigen Debatten (wie zum Beispiel vor einigen Jahren über Österreichs Beteiligung am CERN-Projekt, oder über die Einrichtung von Elite-Universitäten), dass die Rolle der Wissenschaft für das Wirtschaftswachstum in der breiten Öffentlichkeit zu wenig verstanden wird.

Es geht aber nicht nur um Forschung, auch nicht nur um die Beseitigung von ineffizienten Strukturen (Stichwort Föderalismus). „*Was fehlt, ist eine umfassende und zukunftssträchtige Gesamtstrategie. Es fehlt derzeit in der Politik an Visionen; es wird kaum darüber diskutiert, in welche Richtung sich unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft bewegen sollen. Was in Zukunft viel stärker ein Thema sein muss, sind deshalb langfristig angelegte wirtschaftspolitische Strategien, welche auch umfassende und teilweise auch unpopuläre Reformen beinhalten.*“ Das Formulieren einer Gesamtstrategie mit allgemein anerkannten Zielen sollte es für die Politik leichter machen, unpopuläre Reformen zu verfolgen – wenn diese für das große Ziel als unerlässlich angesehen werden.

Durch die aktuelle und die erst kurz zurückliegende letzte Krise wurde eine der Stärken der österreichischen Wirtschaftsstrategie in den Hintergrund gerückt, nämlich die Kooperation im mitteleuropäischen Raum über reine Wirtschaftsbeziehungen hinaus. Diese politisch und kulturell neu zu beleben kann ein wichtiger Beitrag zur Absicherung der Wettbewerbsfähigkeit sein. „*In manchen politischen Köpfen existiert noch immer ein Eiserner Vorhang. Während die wirtschaftliche Kooperation mit den mitteleuropäischen Nachbarstaaten immer besser funktioniert, dominieren auf der politischen Agenda Fragen der Sicherheit oder allenfalls kulturelle Folklore; außenpolitische Initiativen, etwa regionale Partnerschaften, bleiben oft im Ansatz stecken oder werden nicht mit Nachdruck betrieben. In vielen europäischen, länderübergreifenden Fragen gäbe es aber politischen Abstimmungsbedarf. Die mitteleuropäischen Nachbarn wären in vielen Fragen natürliche Verbündete für ein koordiniertes Auftreten. Ohne solche Allianzen droht Österreich international noch stärker marginalisiert zu werden.*“

2.4. Politischer Diskurs, Partizipation und Problemlösung

Wenn die wirtschaftliche Basis einer Gesellschaft ins Wanken gerät, dann schwindet auch der Vorrat an Gemeinsamkeiten, die sonst Gruppen mit unterschiedlichen Interessen über alle Konflikte hinweg zusammenhalten. Kommen dazu noch Elemente wie das Versagen der Politik beim Krisenmanagement und ein allgemeines Gefühl, von den Entscheidungsträgern im Staat nicht gehört zu werden, dann können aus dieser Mischung Tendenzen entstehen, die zur Gefahr für die Demokratie werden. Autoritäre Entwicklungen unterschiedlicher Schattierung lassen sich bereits in vielen Bereichen beobachten. Zu den Aufgaben der nächsten Jahre gehört es deshalb auch, die westlichen Demokratien widerstandsfähig gegen rechtspopulistisch-autoritäre Strömungen einerseits und radikal-chaotische Protestbewegungen zu machen. *„Die Civil Society ist daher gefragter denn je und muss etablierte Parteien und Institutionen zum Handeln zwingen oder bereit sein, deren Aufgabe zu übernehmen.“*

Nicht zuletzt hat die westliche Demokratie schon jetzt ihr stärkstes Argument verloren, mit dem sie letztlich die große Systemkonkurrenz zum Kommunismus gewinnen konnte: dass nämlich nur liberalen Freiheiten, durch Gesetze garantierte Fairness und das Prinzip der Gleichheit aller Bürger in ihrem Zusammenspiel wirtschaftliche Prosperität hervorbringen können. Die wirtschaftlichen Erfolge mancher autoritärer Staaten, derzeit vor allem in Asien, untergraben diesen Anspruch. *„Die emerging markets werden uns vor Augen führen, dass das Modell der westlichen Demokratie- und Gesellschaftsordnung keineswegs das einzig funktionierende ist. Die Zweifel daran werden schon derzeit substantiell spürbar.“*

Der Demokratie drohen dabei von mehreren Seiten Gefahren, eine der am meisten unterschätzten ist wohl die Demokratiemüdigkeit. Damit ist gemeint, dass die Bürger, enttäuscht über die mangelnde Problemlösungskapazität der politischen Vertreter, sich achselzuckend abwenden. Dann sinkt im ersten Schritt die Wahlbeteiligung. Im nächsten Schritt erfasst das Desinteresse auch das politische Geschehen selbst, wodurch die öffentliche Kontrolle der Politik geringer wird. Wenn sich aber niemand mehr über Korruptionsfälle, parteipolitischen Postenschacher oder die Einflussnahme auf Medien durch Inseratengelder aufregt, dann werden solche Verletzungen des Anstands (wenn nicht sogar der Gesetze) zum Alltag. *„Der Stillstand in der Politik führt nicht nur zu einer Lähmung aller gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse, sondern auch zu einem Abwenden der BürgerInnen von der Demokratie. Die größte WählerInnengruppe sind inzwischen die Nicht-WählerInnen. Damit einher geht ein Abstumpfen gegenüber Verstößen gegen eine politische Moral bzw. gegenüber dem Verlassen demokratiestaatlicher Grundprinzipien.“*

Wenn der demokratische Rechtsstaat ausgehebelt wird, ohne dass ein Aufschrei der Bürger erfolgt, dann ist die Gefahr eines allmählichen

Abgleitens in ein autoritäres System tatsächlich akut. Umso wichtiger sind die immer wieder erneuerten Proteste gegen Tendenzen dieser Art in Ungarn und vor kurzem noch in Italien.

Eine Ursache für dieses Problem liegt zweifellos in der subjektiv wahrgenommenen Ohnmacht gegenüber komplexen Vorgängen. Die in Österreich starke obrigkeitliche Tradition trägt ebenso dazu bei, dass kritischer, konstruktiver Widerstand selten erwächst. *„Hypertrophe und patriarchale Bürokratien und ein höchst mangelhaftes Bildungswesen haben dazu beigetragen, dass in einer Welt der Informationsüberflutung und der zunehmenden Orientierungslosigkeit dem Einzelnen zu wenig Werkzeuge zur Verfügung stehen, kritisch und mündig Entscheidungen zu treffen bzw. ebensolche von politisch Verantwortlichen einzufordern.“*

Politischen Stillstand überwinden

Der Verlust der Problemlösungskapazität durch die offizielle Politik wird als eine wichtige Ursache für Politikverdrossenheit und Demokratiemüdigkeit gesehen. *„Der Begriff der politischen Agenda impliziert eigentlich, dass es sich um Themen handelt, bei denen etwas geschieht. In Wahrheit geschieht gegenwärtig aber nicht allzu viel.“*

Die Situation in Österreich ist hier von einer paradoxen Spaltung geprägt. Die Notwendigkeit einer fundamentalen Erneuerung wird sehr wohl auch von den politischen Entscheidungsträgern und ihren Stäben gesehen. Allerdings herrscht der Eindruck, dass durch Reformfreude nicht viel zu gewinnen ist (die Meinungsumfragen legen regelmäßig den Schluss nahe, dass Stillhalten vom Wähler belohnt wird). *„Was hier sichtbar wird, ist die Furcht der traditionellen politischen Instanzen vor Macht- und damit Gestaltungsverlust (auch im Sinne eigener Interessen im engeren Sinn). Diese Furcht führt allerdings nicht zu verstärkter Dokumentation von Gestaltungswillen, sondern zu starrem und konservativem Verharren in alten Mustern der Machterhaltung.“*

Denn natürlich steht im Fall von Reformen immer auch einiges an politischem Besitzstand auf dem Spiel. *„Maßgeblichen Funktionsträgern in den politischen Parteien geht es offenkundig nicht um langfristige und nachhaltige inhaltlich-thematische Gestaltung, sondern um Positionierung sowie natürlich um die Versorgung von Abhängigen und Funktionären in lukrativen und mächtigen Ämtern und Positionen in den jeweiligen Einflussbereichen.“*

Deshalb bleiben Probleme dauerhaft ungelöst, obwohl ihre Dringlichkeit von niemandem bestritten wird, etwa die Reform des Gesundheitssystems mit seinen vielfältigen Ineffizienzen, das ungesunde Verhältnis zwischen Bund und Ländern (über den Finanzausgleich können die Länder jenes Geld ausgeben, das der Bund für sie einnimmt – sie tragen de facto keine Verantwortung für von ihnen verursachte Kosten), die einseitige Orientierung der Politik an den kurzfristigen Ausbrüchen der Boulevardmedien. Es gibt

in jedem dieser Fälle Kräfte in den Parteien, die vom Status quo mehr profitieren als vom allenfalls zu gewinnenden Nachruhm, dem Land genützt zu haben.

Einmal mehr wurde überdies in der Arena Analyse angeprangert, dass Österreich zu wenige unabhängige Think Tanks besitzt. Politische Lösungsvorschläge werden daher oft nur ungenügend wissenschaftlich unterlegt – wenn nicht sogar umgekehrt die wissenschaftliche Analyse mit dem Ziel der Rechtfertigung einer zuvor schon feststehenden politischen Lösung durchgeführt wird.

Öffentlichen Diskurs stärken

Wichtige politische Themen bleiben aus den politischen Debatten völlig ausgeklammert oder werden falsch erörtert (Zitat: *„Wie viele Menschen in Österreich haben tatsächlich kapiert, wie real das Risiko für Österreich war und weiterhin ist, sein AAA-Rating zu verlieren?“*). Das ist der Grund, weshalb öffentliche Auseinandersetzungen um politische Fragen in Österreich oft merkwürdig substanzlos wirken. Es ist ein Problem, an dessen Lösung alle Beteiligten arbeiten müssen, allen voran die Politiker selbst, die Strategen der politischen Kommunikation und die Medien: *„Mindestens ebenso zermürend wie die oft genannte Unfähigkeit der Politiker, Probleme zu erkennen ist die äußerst dünne Darstellung in der Öffentlichkeit. Vom Dialog ist viel die Rede, aber in der Sache findet er kaum statt.“*

Um die Rolle der Medien als Mittler zwischen Politik und Gesellschaft zu stärken, wird eine *„Reform der Presseförderung mit dem Ziel freiwilliger Qualitätskontrolle“* vorgeschlagen. Die Schere zwischen Qualitätsmedien einerseits und Boulevard- sowie Gratismedien andererseits hat sich in den letzten Jahren immer weiter geöffnet. Die Qualitätsmedien verlieren an Auflage und geraten in finanzielle Engpässe, während der Anteil an echter Information in den Massenblättern immer weiter zurückgeht. Wird hier nicht gegengesteuert, so besteht *„die Gefahr einer Spaltung der Gesellschaft in Informationsarme und Informationsreiche.“* Bildung und die Fähigkeit, sich ein Qualitätsmedium kaufen zu können, werden zur Vorbedingung, um gleiche Chancen auf Zugang zur Information zu erhalten. Wer nur Gratisblätter liest – aus Kostengründen oder weil die Sprache der Qualitätsmedien für ihn nicht verständlich ist – bleibt von echter Information ausgeschlossen. *„Billig-Journalismus für Arme, Junge und schlechter Qualifizierte bedeutet eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie.“*

Verbesserung könnte hier erzielt werden, wenn die Presseförderung so umgestaltet wird, dass sie das Erfüllen von Informationsverpflichtungen honoriert. *„Information ist ein Gut, das nicht einfach ohne Spielregeln dem Markt überlassen werden darf.“* Die Gefahr eines Missbrauchs durch die fördernde Stelle in der Politik kann dabei gebannt werden, indem die Medien selber als Kontrolloren auftreten: *„Die Medien sind zunächst selbst gefragt, verbindliche Qualitätsstandards als Selbstverpflichtung einzuführen.“*

Dazu zählen etwa Genauigkeit im Umgang mit Fakten, die überlegte Auswahl der Nachrichten je nach ihrer Relevanz, Auseinandersetzung mit Sachverhalten anstatt greller Personalisierungen, Objektivität, das Beachten von Menschenrechten oder das ausreichende Ausleuchten von Hintergründen als Mindestanforderungen.“ Die Einhaltung dieser Standards könnte dann ebenfalls durch ein von den Medien selbst gestelltes Gremium überwacht werden. Anders als im Fall des Presserates wäre dieses Gremium sehr wohl durchschlagskräftig, denn sein Urteil entscheidet ja über den Anspruch auf die jeweilige Förderung.

Die Möglichkeiten des Internet für die Organisation von öffentlichem Diskurs werden ebenfalls noch viel zuwenig genutzt. Zwar ist es heute eine Selbstverständlichkeit, dass Materialien zum parlamentarischen Geschehen auf der Homepage des Parlaments abrufbar sind. Doch gibt es noch keine Beispiele für Online-Hearings oder die Einladung an die Öffentlichkeit, via Internet Stellungnahmen abzugeben. Auch die Webseiten von Ministerien sind selten ein Muster an Transparenz – mitunter ist es schon schwierig, die einzelnen Sektionen und Abteilungen zu finden, von Informationen über Verwaltungsakte oder politische Vorhaben ganz zu schweigen.

Bewusstsein für demokratische Spielregeln stärken

Längerfristig kann das Internet eine sehr positive Rolle spielen, wenn es darum geht, den Bürgern (im Sinne von „Citoyens“) eine aktivere Rolle in der Politik zu ermöglichen. Damit es dazu kommt, muss allerdings auf beiden Seiten ein Lernprozess stattfinden darüber, was Demokratie sein kann und was nicht.

Beamte und Politiker müssen das Gebot der Transparenz ernst nehmen, während Bürger – vor allem die Pioniere unter den Web-Aktivisten – lernen müssen, dass Vertraulichkeit manchmal gewahrt bleiben muss und dass Partizipation nicht mit dem automatischen Durchsetzen von Eigeninteressen verwechselt werden darf.

Derzeit lautet das Urteil: *„Die Verwaltung in Österreich ist nicht transparent. Während in den USA die Administration nach Wahlen ausgetauscht wird, bleibt in Österreich der Apparat bestehen. Das schafft Kontinuität, gleichzeitig aber wird mit der Zeit völlig unklar, wo jeweils wirklich die Verantwortung und die inhaltliche Kompetenz sitzen. Auch in Österreich werden missliebige Beamte ersetzt, halt über Umwege, indem man einer Abteilung die Kompetenzen wegnimmt.“*

Das Einüben von Demokratie kann durchaus auf dem Umweg über die EU geschehen. Die EU-Institutionen sind einerseits nicht im gleichen Ausmaß demokratisch legitimiert wie die nationalen Parlamente und Regierungen. Andererseits sind Transparenz und aktive Teilnahme dort wesentlich höher entwickelt: Grünbücher, Weißbücher, Vorschläge der Kommission werden öffentlich gemacht, lange bevor sie politisch relevant werden. Die Konsultationsverfahren ermöglichen es buchstäblich jedem

Europäer, zu einem Vorschlag Stellung zu nehmen. Die Frage der Demokratie in der EU wird jedenfalls in den nächsten Jahren wieder an Bedeutung gewinnen.

3. Mavericks – quer liegende Gedanken

In diesem Kapitel sind Beobachtungen und Ideen zusammengefasst, die völlig aus dem Rahmen der beiden vorangegangenen Abschnitte herausfallen, die aber durchaus als kommende Issues in den nächsten Jahren eine Rolle spielen könnten. Der Leitgedanke der Resilienz spielt auch hier manchmal herein, doch abgesehen davon haben diese Themen nur am Rande mit Krisen und Krisenbewältigung zu tun.

Obwohl sie also nicht unmittelbar zum großen Thema dieses Berichts gehören, soll Ihnen die nötige Aufmerksamkeit nicht versagt bleiben. Methodisch ließe sich sogar sagen: Wenn beim Nachdenken über große Probleme, vom Klimawandel bis zum Versagen der politischen Institutionen, jemandem plötzlich und spontan der Gedanke kommt, dass die Entwicklung der Artificial Intelligence (um gleich das erste Beispiel zu nehmen) in den nächsten Jahren das Bild der Welt verändern könnte, dann sagt diese Art des Auftauchens selbst etwas aus über die Stellung des entsprechenden Themas. Das Issue ist offenbar so präsent, dass es auftauchte, obwohl nicht gezielt danach gesucht wurde.

Artificial Intelligence

In den Medien wird wenig über die Entwicklungen bei Artificial Intelligence (AI) berichtet, die Disziplin hat nach anfänglichem Hype in den 1990er Jahren keine spektakulären Schlagzeilen mehr geliefert. Am ehesten gelang das noch mit neuartigen Prothesen, die direkt über Nervenverbindungen vom menschlichen Hirn aus gesteuert werden können. Ähnliche Entwicklungen gab es auf vielen für Laien weniger deutlich nachvollziehbaren Gebieten. *„AI ist zu einer Schlüsseltechnologie geworden, deren Potenzial allerdings nur von den relativ kleinen direkt befassten Expertenzirkeln richtig eingeschätzt werden kann. In Verbindung mit der Robotik wird AI in der Zukunft eine bedeutende Rolle spielen.“*

AI beruht auf Prozessen, bei denen die Arbeitsweise des menschlichen Gehirns und die Mechanismen des menschlichen Denkens nachgeahmt werden. Bei AI handelt es sich immer um lernende Systeme, die sich selbst auf Basis von „Erfahrungen“, die sie im Laufe ihres Betriebs sammeln, immer weiter entwickeln. *„Dank technologischer Inspiration ist es möglich geworden, den menschlichen Sinnen zugängliches Erkennen nach existenznützlichen Kriterien zu verarbeiten und in den menschlichen Prozess einzubeziehen. Die zu erzielenden Ergebnisse dieser Datenverarbeitung können mehr und mehr die Möglichkeiten des menschlichen Gehirns und der menschlichen Intelligenz übertreffen, sogar auch bei weitem. Außerdem ist diese künstliche Intelligenz sowohl emotions- und triebneutral als auch unermüdlich.“*

Angeichts der zumindest hypothetisch vorstellbaren Möglichkeiten

von AI fehlt ein ethisch-rechtlicher Diskurs über die Rahmenbedingungen ihres Einsatzes und allfällige Schranken ihrer Entwicklung. *„Wie weit darf die Mensch-Maschine-Hybridisierung gehen? Wo liegen die Gefahren des Missbrauchs von derart überlegenen Systemen? Was muss geschehen, damit die Vorteile lukriert und die Nachteile möglichst vermieden werden können?“*

Psychische Erkrankungen: das erschöpfte Selbst

Das Ausmaß von psychischen Erkrankungen in Österreich wird grob unterschätzt. *„Tatsächlich werden jedes Jahr von rund 900.000 Menschen Leistungen wegen psychischer Erkrankungen in Anspruch genommen. Damit stieg die Zahl der Krankenstände wegen psychischer Diagnosen österreichweit von 2007 bis 2009 um 22 %, die Zahl der Krankenstände wegen körperlich bedingter Krankheiten hingegen nur um 10 %. Wurden im Jahr 2009 rund 900.000 Patienten auf Kassenkosten wegen psychischer Beschwerden versorgt, waren es im Jahr 2006 noch 100.000 Versicherte weniger.“* Diese Entwicklung ist, abgesehen von den gesellschaftlichen Implikationen, allein schon für die Finanzen der Krankenkassen besorgniserregend.

Die Entwicklung bei den Erkrankungen setzt sich in der Pensionsversicherung fort. Immerhin rund ein Drittel der jährlich rund 30.000 Neuzugänge zur Invaliditätspension erfolgt aufgrund psychischer Probleme. Das sind also 10.000 neue Fälle im Jahr. Frauen sind besonders betroffen. Bei ihnen sind psychische Erkrankungen schon der Hauptgrund für eine Invaliditätspension.

„Ein starker Anstieg findet bei den stressbedingten Erkrankungen statt. Burn-out ist zur großen Diagnose geworden. Oft versteckt sich dahinter aber schlicht eine Depression. Da geht es um den schlechten Stress, der nagt und quält, der lange dauert und niederdrückt.“

Ein wesentlicher Verursacher der starken Zunahme psychischer Erkrankungen muss also in der Arbeitswelt gesucht werden. *„Tätigkeiten, die hohe Anforderungen stellen und gleichzeitig mit einem niedrigen Kontrollspielraum ausgestattet sind, erhöhen diesen schlechten Stress. Die niedrige Kontrolle kann in zwei Formen auftreten. Zum einen als mangelnde Möglichkeit, über die Gestaltung der Arbeitsaufgaben zu entscheiden, zum anderen als eingeschränkte Möglichkeit, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu nutzen.“*

Sichtlich ist die Zahl der Jobs, auf die solche Beschreibungen zutreffen, stark im Zunehmen. Kennzeichnen für sie ist eine Mischung aus drei krank machenden Zutaten: hohe Anforderung, niedrige Kontrolle und niedrige Anerkennung. *„Dauern diese Ohnmachtserfahrungen an, lernen wir Hilflosigkeit. Wer feststellt, dass er trotz aller Anstrengungen nichts bewirken kann, der wird früher oder später resignieren und aufgeben.“* In Zeiten der Krise besteht die Gefahr, dass die krankmachenden Jobs mehr werden – viel Arbeit, wenig Eigenverantwortung und schlechte Bezahlung sind

Zustände, die jemand für eine Übergangsperiode auf sich nimmt, wenn es Aussicht auf Besserung gibt. *„Als Dauerzustand kostet die soziale Schere aber Lebensenergie.“*

Early preventions: Kindheit als prägende Lebensphase

Dass die ersten Jahre der Kindheit prägend für das spätere Leben sind, ist seit langem bekannt. Erst jetzt aber beginnen Experten, diese Erkenntnisse für ein umfassendes Konzept der Betreuung und Förderung von der Schwangerschaft bis zum Schulalter zu nutzen. *„Aus der Forschung wissen wir, wie wichtig für die Entwicklung des Kindes die Frühphase des Lebens ist. In dieser Zeit bildet sich die Grundhaltung zum Dasein aus. Lerne ich den Geschmack vom zukünftigen Leben als Konkurrenz, Misstrauen, Verlassensein? Oder habe ich die Erfahrung qualitätsvoller Beziehungen, Vertrauen und Einfühlung gemacht? Werde ich schlecht gemacht und beschämt oder geschätzt und erfahre Anerkennung? Ist mein Leben von großer Unsicherheit und Stress geprägt oder von Vertrauen und Planbarkeit?“*

Um diese ersten Erfahrungen für möglichst viele Menschen positiv zu machen, ist ein Angebot für die ausreichende medizinische und soziale Betreuung in den Wochen vor und nach der Geburt erforderlich. *„Gerade hier weist die Versorgung in Österreich Lücken auf, für Familien mit weniger Einkommen ist eine gute Begleitung oft nicht leistbar.“*

Das ist keine finanzielle Frage, sondern eine organisatorische. *„Was es zum einen braucht, ist die Integration des Medizin- und Sozialsystems, die Überwindung der Trennung zwischen dem ärztlichen Cure-Bereich und dem sozial-pflegerischen Care-Sektor. Diese einander in Finanzierung und Organisation gegenüberstehenden Systeme verhindern gute integrierte Lösungen für alle. Der Gesundheitsberuf der Hebamme hat in diesem Kontext eine zentrale Stellung und eine wichtige Funktion und Aufgabe: nämlich im medizinischen und sozialen Bereich gleichzeitig tätig zu sein, eine Integrationsfunktion auszuüben zwischen beiden Sektoren. Diese Ressource muss mehr und effektiv genutzt werden, sonst werden Potenziale für die Gesundheit wie soziale Entwicklung von Mutter und Kind einfach liegen gelassen.“*

Für die Gesellschaft insgesamt sind diese Angebote, für die sich der neue Name „early preventions“ eingebürgert hat, langfristig eine gute Investition. Sie führen zu geistig und seelisch gesunderen Kindern – zu Kindern mit höherer Resilienz. Solche sind aber auch imstande, die Herausforderungen des Heranwachsens besser zu meistern, ganz abgesehen davon, dass glückliche Erwachsene auch eine stabilere Gesellschaft insgesamt bedeuten. Ziel der early preventions ist es, *„Eltern so früh wie möglich umfassend bei der Aufgabe zu unterstützen, ihre Kinder gut und verlässlich zu versorgen und eine sichere wie liebevolle Bindung zu ihnen aufzubauen. Eine sichere Bindung zwischen Eltern und Kind legt den Grundstein für ein gutes Aufwachsen. Der Mensch wird am Du zum Ich.“*

Investitionen in diese frühe Lebensphase zahlen sich aus – dafür gibt es inzwischen sogar Berechnungen. *„Nobelpreisträger James Heckman (Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaft 2000, Anm.) hat den Wert frühkindlicher Bindungen für die USA untersucht. Demnach entspricht ein Investierter Dollar einer Rendite von 8 Dollar. Bei benachteiligten Kindern beträgt sie sogar 16 Dollar, also eine Hebelwirkung von 1 zu 16. Nie wieder wird man Zukunftsgeld so sinnvoll einsetzen können wie zu diesem Zeitpunkt.“*

Die Familie im 21. Jahrhundert

Ganz offensichtlich hat sich das Bild der Familie in den letzten 10 Jahren rasant gewandelt. Die Erosion des bürgerlichen Familienideals aus dem 19. Jahrhundert geht zwar viel weiter zurück, aber sie hat sich in jüngster Zeit stark beschleunigt. Patchworkfamilien, kleinste Familien, gleichgeschlechtliche Partnerschaften mit Kindern – das sind Phänomene, die erst seit kurzem ein Teil der Normalität wurden.

Die Folgen dieses Wandels sind noch überhaupt nicht bewältigt. *„Politik und Recht haben sich den sozialen Realitäten nicht angepasst. Der Familienbegriff an sich ist neu zu definieren. Es geht dabei nicht nur um Eherecht, sondern auch um Fragen der Obsorge und der Finanzierung familienpolitischer Leistungen.“*

Für die Wirtschaft und für die geistige Entwicklung ist es nicht ohne Bedeutung, dass die jahrhundertlang funktionierende Weitergabe familialer Kompetenz von Generation zu Generation nicht mehr automatisch funktioniert. *„Wie gestaltet man sinnvoll den Alltag mit Kindern, vom Kochen bis zum Ausflug, vom gemeinsamen Essen bis zum gemeinsamen Spiel, vom offenen Sprechen über die Fragen des Lebens? Viel an diesbezüglicher Kompetenz wurde ganz automatisch weitergegeben, sei es über die eigenen Eltern, Großeltern, ältere Geschwister, Tanten und Onkel. Durch den Verlust von großfamiliären Strukturen vermindert sich der innerfamiliäre Kompetenztransfer gewaltig. Das muss über Elternbildung, Einsatz von Familienhilfe, Elternarbeit an Schulen und Kindern aufgefangen werden.“*

Datenschutz: Aufstand der Net Citizens

„Das Thema des Umgangs mit Daten wird innenpolitisch dramatisch an Bedeutung gewinnen.“ Missbrauchsfällen bei staatlichen Stellen, Datenklau bei Telefongesellschaften, aber auch das bewusste Vorexerzieren von Datenpannen durch Wikileaks oder den Hamburger Computer Club schüren die Sorge um die Sicherheit vertraulicher Informationen. Dabei geht es keineswegs um Staatsgeheimnisse, sondern um den drohenden Verlust des innersten Kerns der Privatsphäre. Jeder Mensch muss einen selbstverständlichen Anspruch darauf haben, dass zum Beispiel Daten über seine finanzielle Situation, seinen Gesundheitszustand oder sein Privatleben nicht allgemein zugänglich werden.

Datenpannen schärfen das Bewusstsein dafür, dass die intimsten

Informationen über uns alle irgendwo auf (meist staatlichen) Computern gespeichert sind, und dass diese Computer allesamt an einem weltweiten Netz hängen. Wie gut sind sie geschützt?

Parallel dazu entstehen über die Hintertür-Systeme, die zu Mitteln der effizienten Überwachung werden können: Handy-Ortung, Facebook, die Videoübertragung des Alltags von ganzen Stadtteilen durch Google. *„Ganz London wird mittlerweile videoüberwacht. Wer immer Transaktionen im Internet tätigt, muss wissen, dass sie registriert sind, zurückverfolgt werden können, und dass es kein Problem für unbefugte Hacker ist, darauf zuzugreifen, falls sie sich die Mühe machen. 30 Jahre nach George Orwell gibt es angesichts des überwältigenden Einflusses von elektronischen Netzwerken Ängste die man zusammenfassen kann: Big Brother is watching you all the time. Wir haben Big Brother selber ins Wohnzimmer gebeten, denn er kam unter Namen wie Google, Facebook, iPhone & Co.“*

Die Herausforderung für eine liberale Datenpolitik muss in Transparenz und Empowerment bestehen. *„IT-Selbstbestimmung und Datenmündigkeit sind die Stichworte der Gegenwart. Bürger, Wähler, Verbraucher wollen zu Recht genau wissen, wer sie mit welchen Daten wie scannt und dann interpretiert.“* Gelingt die sinnvolle Reglementierung nicht, droht der *„Aufstand der Net Citizens, wenn die Avantgarde der Netzkritiker à la Computer Club immer wieder Missbräuche oder Fehler bei der Verwendung der IT demonstriert. Dieser kann evolutionär wirken oder zur Revolution anstiften. Da die Informationstechnologien noch viel allmächtiger unseren Alltag bestimmen werden, liegt hier ein großes gesellschaftliches Konfliktpotenzial.“*

4. So what? Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Der Handlungsspielraum von Unternehmen wird sehr viel stärker von den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt als es auf den ersten Blick scheint.

Abgesehen von den Klagen über falsche oder fehlende wirtschaftspolitische Weichenstellungen widerspricht es gerade dem Selbstverständnis oft mächtiger Spitzenmanager, einzugestehen, dass die Grenzen für eigenes Handeln mitunter recht eng gezogen sind. Wird dies öffentlich beklagt, reagieren Gesellschaft und Medien auch nicht sehr verständnisvoll. Es wird dann meist vermutet, hier wolle jemand seine Inkompetenz kaschieren.

Tatsache ist aber, dass Politik und Gesellschaft sich in viele unternehmensinterne Entscheidungen einmischen. Die dabei erhobenen Ansprüche werden mit der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen begründet.

Unternehmen sind durchaus in der Lage, sich an gesellschaftliche Vorgaben und an Normen anzupassen. Immer wieder können Unternehmen bestimmte Rahmenbedingungen sogar als Wettbewerbsvorteil nutzen. Gelingt einem Unternehmen die Anpassung nicht, fällt es aus dem Markt.

Rahmenbedingungen bzw. externe Anforderungen erhalten dann am meisten Aufmerksamkeit, wenn sie sich verändern. In diesem Moment entstehen Transformationskosten. Diese fallen höher aus, wenn ein Unternehmen von einer wesentlichen Veränderung überrascht wird, weil es die ersten Anzeichen schlicht und einfach übersehen oder ignoriert hat. Dramatisch kann es werden, wenn einem Unternehmen viele Veränderungen gleichzeitig abverlangt werden. Die Transformationskosten addieren sich und können sich vervielfachen. Das Unternehmen ist dann mitunter nicht in der Lage, verschiedene Change-Prozesse gleichzeitig zu verkraften oder verfügt nicht über ausreichende Kompetenzen, sich an ein derartig verändertes Umfeld anzupassen.

Diese Agilität einer Organisation meint der soziologische Begriff Resilienz, wenn er auf Unternehmen angewendet wird. Eigenschaften, die die Resilienz eines Unternehmens verbessern, sind sicher die Produktivität, die Flexibilität und die Ressourcenausstattung, aber auch die Fähigkeit des Managements, auf Veränderungen zu reagieren.

Nehmen wir an, dass wir uns inmitten einer Phase befinden, in der zahlreiche politische und gesellschaftliche Veränderungen als externe Faktoren auf Unternehmen einwirken – und dass Politik und Medien die Tragweite dessen noch nicht erkannt haben. Die Unternehmen stehen also vor großen Anforderungen und bedeutenden Transformationskosten. In diesem Moment ist es das Ausmaß ihrer Resilienz, die für die Zukunft der Organisation entscheidend ist.

Die Frage lautet also: Wie können Unternehmen ihre Netto-

Transformationskosten gering halten und eventuell wirtschaftliche Vorteile aus der Veränderung ziehen, und sei es nur durch eine relative Verbesserung ihrer Marktposition?

Es ist davon auszugehen, dass sich nicht nur international agierende Unternehmen dieser Herausforderung stellen müssen. Auch ausschließlich in Europa tätige Player werden von Veränderungen am Persischen Golf oder von veränderten Machtverhältnissen in Asien betroffen sein. Selbst internationale Konzerne werden diese Veränderungen nicht mitgestalten können.

Welche strategischen Schlussfolgerungen lassen sich also ziehen?

Sechs Thesen für die Unternehmensführung aus Sicht des Public Affairs-Managements

- Angesagt ist ein Fahren auf Sicht. Gleichzeitig sind Unternehmen gefordert, den Blick ständig nach vorne und auf das Umfeld zu richten und dieses laufend zu beobachten. Unternehmen müssen sich mit den aktuellen Entwicklungen auseinandersetzen, indem sie diese Umfeldinformationen schnell berücksichtigen und für die nahe Zukunft planen. Diese strategische Früherkennung ist mach- und leistbar. Informationen über die spezifische Arena eines bestimmten Unternehmens sind für dieses auch zugänglich. Sie müssen nur gesammelt und zeitnah genutzt werden.
- Neben dem Einwirken auf das politische Umfeld, dem Lobbying, ist das politische Monitoring und die Bereitstellung von Analysen und Entscheidungsgrundlagen der zweite große Aufgabenbereich für das Public Affairs-Management eines Unternehmens. Die „Außenpolitik eines Unternehmens“ muss sich besonders auf Business Intelligence- Fähigkeiten und qualitative Analysen stützen. Das direkte Beobachten der Politik und Gesellschaft kann nur durch direkten Kontakt und ein sich Einklinken in diese Veränderungsprozesse erfolgen. Unternehmen müssen zum politischen Player werden. Nicht, weil man der Meinung ist, den Weltenlauf maßgeblich beeinflussen zu können, sondern, weil man nur so mitten im Geschehen und an der Quelle der Informationen ist. Eine strategische Früherkennung via Medienbeobachtung, auch der Neuen Medien, liefert die relevanten Informationen viel zu spät und ist daher nicht brauchbar. Die Beobachtung von Medien, die selbst nur mit Verzögerung Neues bemerken, ist wie ein Blick in den Rückspiegel, und ein solcher Blick liefert keine Orientierung.
- Zur Zeit ist das Abwarten auf bessere Zeiten fatal. Ist die Situation erst eskaliert, schwinden die Handlungsspielräume und die Kosten

für kurzfristige Anpassungen schnellen in die Höhe. Selbst große Organisationen sind dann nicht in der Lage, alle Entwicklungen selbstständig zu managen. Auch ihre Entwicklungs- und Forschungskapazitäten reichen nicht aus. Daher gewinnen Vernetzungen und strategische Partnerschaften an Bedeutung. Sie müssen systematisch und nachhaltig gepflegt werden. Alleingänge in unbekanntem Terrain werden sich als sehr risikoreich und kräftezehrend erweisen.

- Umfeldrisiken müssen in das Risikomanagement einbezogen werden. Das ist möglich. Politische Risiken können genau so gut wie die wirtschaftlichen und die technischen Risiken identifiziert und bewertet werden. Primär sollten dabei die eigenen Aktivitäten und Projekte darauf hin untersucht werden, welche politischen und gesellschaftlichen Risiken damit verbunden sind. Die politischen Risiken der eigenen Märkte und der branchenrelevanten politischen Bereiche sind ebenfalls leicht zu erkennen. Weitaus tückischer sind die Gefahren die, da unbeobachtet, quasi im toten Winkel eines Unternehmens liegen. Immer wieder werden Unternehmen von Veränderungen in Bereichen überrascht, die nicht zum angestammten Metier gehören. Diese rechtzeitig zu erkennen ist aufwändiger und daher nur in Intervallen machbar. Szenario-Analysen einschlägiger Denkfabriken, wie die soeben erschienene Studie „Ungeplant ist der Normalfall“ der Stiftung Wissenschaft und Politik (eine unabhängige Einrichtung, die den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung in allen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik berät), aber auch die vorliegende Arena Analyse liefern Hinweise für die strategische Früherkennung und sogenannte "emerging Issues", die zum Treiber für weitreichende Veränderungen werden können.
- Das „Handelsblatt“ hat soeben den relativen Abstieg Europas in der internationalen Bedeutung mit einem Abstieg beim Bergsteigen verglichen. Nicht die selbstverständliche Tatsache, dass man auch immer wieder absteigt ist relevant, sondern die Frage, wie man dies aus großer Höhe sicher tut und ob man diese Etappe wohlbehalten bewältigt. Eine Expedition kann auch auf dem kräfteraubenden Rückzug scheitern. Zur Zeit kommt es also darauf an, nicht nur Gefahren zu vermeiden, sondern Ausschau nach Chancen zu halten und diese zu realisieren. Das Problem der noch jungen Disziplin des Chancenmanagements ist, dass Manager schwer davon zu überzeugen sind: Sie meinen, das Realisieren von Chancen gehöre ohnehin zu ihren täglichen Aufgaben. Das ist natürlich richtig. Richtig ist aber auch, dass ohne systematisches

4. So what? Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Chancenmanagement die großen Aufbrüche zu neuen Ufern, die sich in der täglichen Arbeit nicht aufdrängen, einfach nicht erfolgen. Im Verbund mit einem funktionierenden Innovationsmanagement, über das in den letzten Jahren schon viel Interessantes publiziert worden ist, kann so der Abstieg europäischer Player, sollte er tatsächlich bevorstehen, durchaus ein Aufbruch zu neuen Höhen werden.

- Der letzte Punkt betrifft die Ressourcenverteilung im Unternehmen und die Konzentration auf das Wesentliche. Schließlich haben nicht nur – wie Niki Lauda in einer Werbekampagne bekräftigt – ehemalige Rennfahrer in der aktuellen Situation nichts zu verschenken. Beim Umfeldmanagement oder dem Management politischer Veränderungen bedeutet das eine Konzentration auf das Management von Prozessen. Für Showeinlagen ist jetzt einfach nicht die richtige Zeit. In Zeiten zunehmender Governance und politischer Einmischung bedeutet dies, z.B. für ein verlässliches Compliance Management zu sorgen, das Unternehmen vor Kritik, Klagen und Haftungsansprüchen schützt, und stattdessen den nächsten Schönwetter-Nachhaltigkeitsbericht einzusparen.

Teilnehmer

Wir danken den Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft, Justiz, Wirtschaft und ganz allgemein der Zivilgesellschaft für ihre Teilnahme und die hohe Qualität der zum Teil sehr ausführlichen Beiträge.

Die Teilnehmer in alphabetischer Reihenfolge:

Dipl.-Kfm. Dr. Hannes Androsch, Rat für Forschung und Technologieentwicklung

Mag. Martin Brandstötter, MSc, Geschäftsführer Zielwerk

Dr. Erhard Busek, Institut für den Donauraum und Mitteleuropa, ehem. österreichischer Vizekanzler

Mag.a Brigitte Ederer, Personal- und Europavorstand Siemens AG, München

Dr. Claus Faber, Fachreferent ÖBB Produktion GmbH, Trainer

Corinna Fehr, Geschäftsführerin FehrAdvice

Dipl.-Ing. Dr. Franz Fischler, Präsident des Ökosozialen Forums, ehem. EU-Kommissar

Dr. Friedhelm Frischenschlager, Union Europäischer Föderalisten, ehem. Verteidigungsminister

Mag. Robert Grüneis, Geschäftsführer Wien Energie

Mag. Georg Günsberg, Politikberater

Dr. Dietmar Halper, Direktor der Politischen Akademie der ÖVP

Prof. Dr.-Ing. E.h. Hans-Olaf Henkel, Publizist, ehemals Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie

Brigadier Gerald Karner, Karner Strategie- und Organisationsberatung

Georg Keuschnigg, Verlagsleiter der Österreichischen Bauernzeitung, Mitglied des Bundesrates

Dr. Karl Kienzl, Stv. Geschäftsführer Umweltbundesamt

Dr. Volker Kier, kier & partner management consulting

Dr. Johannes Kopf, LL.M., Vorstand AMS Österreich

Ing. Mag. Peter Koren, Vize-Generalsekretär der Industriellenvereinigung

Mag. Hanns Kratzer, Geschäftsführer PERI Consulting GmbH

Dr. h.c. Franz Küberl, Caritas Österreich

Dr. Christoph Leitl, Präsident des Österreichischen Wirtschaftsbundes und der WKÖ

Mag. Dr. Bernhard Marckhgott, MIM, Wiener Börse AG

Mag. Christian Mertens, Fraktion Christlicher Gewerkschafter

Mag. Wilhelm Molterer, European Investment Bank

Prof. Dr. Volker Perthes, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Dr. Ernest Pichlbauer, Health Policy International

Dr. Ronald Pichler, GlaxoSmithKline Pharma GmbH

Peter Radunski, MSL Group Berlin, ehem. Geschäftsführer der CDU

DI Dr. Christian Rakos, Geschäftsführer von Pro Pellets Austria
Martin Säckl, European Affairs Consulting Group, Brüssel
Mag.a Ulrike Schelander-Sertic, „die wertstaette“
Martin Schenk, Sozialexperte der Diakonie Österreich, Mitbegründer der
Armutskonferenz
Mag. Georg Schöppl, Österreichische Bundesforste AG
MMag.a Agnes Streissler, wirtschaftspolitische Projektberatung
Mag. Dr. Matthias Strolz, promitto Organisations- und Politikberatung
GmbH
Jürgen Turek, Centrum für angewandte Politikforschung an der LMU
München
Dr. Fritz Unterpertinger, Geschäftsführer der Austrian Energy Agency
Dr. Anton Wais, ehem. Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Post AG
em. o.Univ.-Prof. Dr. Manfred Welan, Universität für Bodenkultur
DI Rainer Wieltsch, IPIC Gamma GmbH, ehem. Aufsichtsrat von OMV,
AUA, Voestalpine etc.
Dr. Ole Wintermann, Bertelsmann Stiftung
Dr. Hans G. Zeger, Obmann der ARGE DATEN, Geschäftsführer der e-
commerce monitoring GmbH

Kovar & Köppl Public Affairs Consulting
Dorotheergasse 7, A-1010 Wien
Tel.: +43 (0) 1 / 522922 0
www.publicaffairs.cc